

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 15. Plenumsitzung vom 7. Dezember 2011

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend	Ratspräsident Hans-Peter Nyffeler	
	34 Ratsmitglieder	
	Ratssekretärin Ida Hofstetter	Protokoll
	Ratsweibelin Lydia Schumacher	

Entschuldigt	ein Ratsmitglied
--------------	------------------

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat	Harald Huber Didier Falbriard Stephan Herzog Walter Müller Astrid Romer Schneiter Susy Senn Patrick Stutz	Stadtpräsident Sicherheit und Gesundheit Jugend und Sport Finanzen Bau und Planung Soziales Werkbetriebe
Stadtschreiber-Stv.	Roland Sibler	
Schulpflege	Rita Rapold	Schulpräsidentin

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Finanzplan 2011 – 2015 (2011-232)

Aussprache und Kenntnisnahme

3. Budget 2012 (2011-233)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2012 sowie des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

4. Verkauf Liegenschaften Soodstrasse (2011-199)

Antrag des Stadtrates auf Zustimmung des Verkaufs der Liegenschaften Soodstrasse 34/34a, 36 a-d und 38 zum Gesamtpreis von 6'400'000 Franken und des entsprechenden Kaufvertrages

5. Projektwettbewerb Schulanlage Dietlimoos (2011-227 und 121/11)

Antrag der Schulpflege und Empfehlung des Stadtrates auf Bewilligung eines Kredites für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im selektiven Verfahren für den Neubau der Schulanlage Dietlimoos von 575'000 Franken

6. Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder

Motion von Gabi Barco, Renato Günthardt und 20 Mitunterzeichneten, Begründung

7. Politisch aktiv in Adliswil

Interpellation von Peter Bühler und sieben Mitunterzeichneten, Begründung und mündliche Beantwortung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Karin Hug: krank

Da Karin Hug Stimmzählerin ist, ernennt der Ratspräsident Hanspeter Clesle als Ersatzstimmzähler.

1.2 Dank an Blumen Tanner

Max Tanner hat auch dieses Jahr wieder ein sehr schönes Adventsarrangement zur Verfügung gestellt. Der Ratspräsident dankt Herrn Tanner herzlich im Namen des Gemeinderates.

1.3 Neues Ratsmitglied

Der Ratspräsident heisst Heinz Melliger als Nachfolger von Stephan Winter von den Freien Wählern im Rat herzlich willkommen und wünscht ihm alles Gute und viel Freude bei der parlamentarischen Arbeit.

Heinz Melliger: Ich bedanke mich beim Ratspräsidenten Hans-Peter Nyffeler für die Begrüssung und bei den Wählerinnen und Wählern, die mir ihre Stimme gegeben haben, so dass ich jetzt nachrutschen konnte. Ich freue mich auf die parlamentarische Zusammenarbeit mit Ihnen.

1.4 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von den Sitzungen vom 5. Oktober und 2. November 2011 haben Rechtskraft erlangt.

1.5 Überweisungen an die RGPK

Am 14. November 2011 wurde überwiesen:

Antrag des Stadtrates, den privaten Gestaltungsplan „Moosstrasse“, bestehend aus

- Situation zum Gestaltungsplan
- Vorschriften zum Gestaltungsplan
- Bericht nach Art. 47 RPV

unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich festzusetzen.

Am 28. November 2011 wurde überwiesen:

- Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Bauabrechnung über die Erweiterung und technische Erneuerung der ARA Sihltal im Betrag von CHF 17'729'803.96 und Kenntnisnahme der teuerungsbereinigten Kostenabweichung von 10.45 %
- Antrag des Stadtrates auf Genehmigung des Verkaufs der Baulandparzelle Kat. Nr. 8073, in der Breite an Frau Tania Scacchi, Wollerau, zum Betrag von CHF 2'350'190.00 und Genehmigung des Kaufvertrages

1.6 Pendente parlamentarische Vorstösse

Am 8. November 2011 wäre die Frist für die Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Thomas Fässler betr. des „Kostenvergleichs Turnhalle Dietlimoos“ abgelaufen. Letzte Woche erhielt das Ratssekretariat vom Ressort Finanzen folgende Antwort: „Wir sind zurzeit nicht in der Lage, Ihre Anfrage zu beantworten, da uns die Zahlen der ZIS noch nicht vorliegen. Diese sind uns bis nächsten Frühling versprochen worden. Sobald die Zahlen vorliegen, werden wir Ihre Anfrage beantworten.“

1.7 Rückzug eines Geschäftes des Stadtrates

Stadträtin Susy Senn hat mitgeteilt, dass der Stadtrat gestern den Rückzug des Geschäftes „Wohnen und Leben im Alter“ beschlossen hat.

1.8 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadträtin Susy Senn:

In der Pflegewohngruppe Soodmatte stehen notwendige umfangreiche Renovierungsarbeiten durch die Vermieterin, die SABA an. Diese bedingen eine Umplatzierung der Bewohnerinnen und Bewohner während einer befristeten Zeit. Neben den Renovierungsarbeiten - hauptsächlich geht es um den Ersatz der Böden - werden die sanitären Anlagen den neusten Standards von behindertengerechtem Wohnen angepasst. So hat die SABA den Einbau eines Pflegebads geplant und die Umgestaltung von Toiletten und Duschen, damit sie künftig vollständig hindernisfrei sind. Gleichzeitig bot die SABA an, die Pflegewohngruppe Soodmatte um ein weiteres Zimmer zu erweitern. Damit kann die Stadt Adliswil ein weiteres Bett innerhalb der Pflegewohngruppe anbieten, was sich positiv auf die Betriebskosten auswirken wird, denn wir haben dann acht statt nur sieben Plätze.

Da bis heute kein geeigneter Ort gefunden werden konnte, die pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner während der Renovation der Pflegewohngruppe Soodmatte zu platzieren, haben die Verantwortlichen die Idee gehabt, den Zeitpunkt der Neueröffnung der Pflegewohngruppe am Bad in ihre Überlegungen einzubeziehen. Es bietet sich nun mit der Eröffnung der Pflegewohngruppe am Bad die einmalige und kostengünstige Gelegenheit, die Bewohnerinnen und Bewohner während der Monate Januar und Februar dort zu platzieren. Somit kann eine zügige Renovation der Pflegewohngruppe gewährleistet werden. Dem Alters- und Pflegeheim stehen in ihrer Aussenwohngruppe deshalb bis März 2012 erst max. drei Plätze zur Verfügung, was den Aufbau erleichtert. Selbstverständlich wird das Personal auch erst auf März 2012 eingestellt.

1.9 Protokoll

Zum Ratsprotokoll vom 2. November 2011 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

1.10 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 1. Februar 2012 statt.

1.11 Traktandenliste

Stadtrat Walter Müller: Ich stelle den Antrag, das Geschäft „Verkauf Liegenschaften Soodstrasse, Traktandum 4, zur Überprüfung zurückzuziehen.

Ratspräsident Hans-Peter Nyffeler: Da das Geschäft zurückgezogen wurde – es ist kein Antrag, sondern es ist ein Rückzug – wird das Traktandum 5 zum Traktandum 4, das Traktandum 6 zum Traktandum 5 und das Traktandum 7 zum Traktandum 6.

1.12 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Thomas Fässler, persönliche Erklärung:

Am 7. September habe ich eine schriftliche Anfrage betreffend Turnhalle Dietlimoos eingereicht. Ich wollte wissen, wie der Kostenvergleich Bau durch die ZIS versus Bau durch die Stadt Adliswil genau aussieht und wie der Stadtrat den bereits gefällten Entscheid begründet. Die Frist zur Beantwortung von schriftlichen Anfragen beträgt zwei Monate. Da der Stadtrat den Entscheid für eine Variante bereits gefällt hatte, dachte ich, es sei ein Einfaches, mir die Zahlen zur Verfügung zu stellen. Leider wurde ich eines besseren belehrt. Nach mehrmaligem Nachfragen bekam ich vom Ressortleiter Finanzen die vorhin gehörte Antwort. Das heisst, der Stadtrat hat die Zahlen noch nicht und bekommt sie erst im Frühling. Ich frage mich, wie der Stadtrat sich bereits vor ein paar Monaten entscheiden konnte, wenn nicht einmal heute die Zahlen dazu vorhanden sind. Für mich hinterlässt dies keinen professionellen Eindruck. Der Entscheid muss wohl nochmals überdenkt werden. Zudem bitte ich den Stadtrat, solche Anfragen ernster zu nehmen, dann hätte man nicht erst nach abgelaufenen Fristen bemerkt, dass die Zahlen zur Antwort fehlen.

Davide Loss, SP-Fraktionserklärung, zum Rückzug des Traktandums 4:

Für die SP-Fraktion ist das Geschäft ein Skandal. Es ist absolut unverständlich, wie das Geschäft verlaufen ist. Zuerst hatten wir den Antrag des Stadtrates, den die RGPK geprüft hat, und dabei zu einem anderen Schluss gekommen ist als der Stadtrat. Heute um 15.20 Uhr haben wir erfahren, dass der Stadtrat das Geschäft zurückziehen will. Dies ist eine Missachtung des Volkswillens und der gewählten Volksvertretenden, die sich vielleicht vorbereitet und intensiv mit diesem Geschäft befasst haben und heute vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dies können wir nicht akzeptieren. Auch das Vorgehen betreffend Rückzug ist mehr als problematisch. Anders als die Ratssekretärin sind wir der Meinung, dass der Stadtrat nach der Verabschiedung in der RGPK den Rückzug nicht mehr erklären kann. Im Übrigen sagt der „Thalmann-Kommentar“, dass Gewohnheitsrecht vorliegen müsse, und ich sehe dies hier beim besten Willen nicht. Das Vorgehen ist unhaltbar, und wir haben kein Verständnis, wie der Stadtrat vorgegangen ist. Wir haben vorhin vom Stadtrat gehört, dass er das Geschäft zurückzieht, aber wir haben kein einziges Wort zur Begründung gehört. Was ist denn nicht in Ordnung? Ich war der Meinung, der Stadtrat hätte alles gemacht. Diese Fragen bleiben heute offen. Für uns ist klar: Am besten verzichtet der Stadtrat darauf, einen diesbezüglich erneuten Antrag zu stellen.

Ueli Gräflein, Fraktionserklärung der Grünen, zum Rückzug des Traktandums 4:

Wir von der Grünen Fraktion sind auch sehr erstaunt, dass das Geschäft „Verkauf Liegenschaften Soodstrasse“ plötzlich zurückgezogen wird. Ich habe in einer meiner ersten Parlamentssitzung die Frage gestellt: „Was verkauft die Stadt Adliswil als nächstes?“ Dabei wurden diese Liegenschaften erwähnt. Heute, wo dieses Geschäft hätte behandelt werden sollen, wird es zurückgestellt. Wir können das Vorgehen nicht nachvollziehen. Auch wir verlangen dafür eine begründete Erklärung.

2. Finanzplan 2011 - 2015

Aussprache und Kenntnisnahme

Eintretensdebatte

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Ich werde zum Finanzplan im Rahmen meines Votums zum Budget 2012 kurz Stellung nehmen. Der Finanzplan ist ja kein Geschäft der RGPK, und es wird dazu auch kein Beschluss gefasst.

Stadtrat Walter Müller:

Der Finanzplan 2011 bis 2015 ist für den Stadtrat ein wichtiges Hilfsmittel für die Budgetierung und gibt eine klare Übersicht über die Entwicklung der Adliswiler Finanzen. Nach wie vor hat Adliswil eine grosse Nettoschuld von 24,6 Mio. Franken, die unbedingt in nächster Zeit abgebaut werden muss. Es kann nicht sein, dass wir uns einerseits, wenn es um Land und Liegenschaften geht, fragen, was wir unseren Nachkommen überlassen, und andererseits uns laufend noch höher verschulden. Zugegeben, so tiefe Zinsen sind verlockend zum Schulden machen, doch es kann nicht unser Ziel sein, die Nettoschuld weiter zu erhöhen.

Im 2002 hatten wir noch ein Nettovermögen von rund 30 Mio. Franken. Unter diesem Umstand wurde der Steuerfuss in zwei Schritten von 110 auf 107 und sogar auf 104 Prozent gesenkt. Heute müssen wir feststellen, dass dies eine falsche Entscheidung war. Heute sieht es viel schlechter aus, und trotzdem glauben gewisse Exponenten, dass es der richtige Zeitpunkt für eine Steuerfuss-Reduktion sei. Der Stadtrat geht für die Jahre 2012 bis 2015 von gleichbleibenden Steuereinnahmen aus, und dies trotz der kalten Progression, die sich im Jahr 2012 u. ff. auswirken wird. Der Stadtrat lehnt sich mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 40 % sehr weit aus dem Fenster, denn Ende der Planperiode 2015 wird die Nettoschuld auf 77,5 Mio. Franken angehäuft sein. Das kann nicht unser Ziel für die Zukunft sein. Der Finanzplan wird jedes Jahr neu überarbeitet, trotzdem sollte eine gewisse Konstanz sichtbar sein; der Stadtrat möchte sich an einem Planungswert festhalten können. Deshalb ist heute nicht der richtige Zeitpunkt, die wichtigen Eckwerte des Finanzplanes zu korrigieren.

Carmen Marty:

Die SP nimmt den Finanzplan positiv zur Kenntnis. Es sind vor allem sehr viele hohe Investitionen geplant, viele davon sind dringend nötig, wie z. B. die Investitionen im Bereich der Alterseinrichtungen und der Schule mit Sanierungen und Erweiterungen. Wir geben zu bedenken: Die Investitionen für die Zürichstrasse 10 sind noch nirgends berücksichtigt. Deshalb hoffen wir sehr, dass die Ziele des Finanzplanes neue, gute Sachen bringen werden.

Mario Senn:

Der Finanzplan ist ein Führungsinstrument des Stadtrates. Damit legt der Stadtrat dar, wie er die Zukunft – die nächsten vier Jahre – sieht. Daraus leitet sie anschliessend finanzpolitische Massnahmen ab und das wiederum prägt die Budgetanträge, über die wir dann verbindlich beschliessen. Deshalb ist es wichtig, dass wir, auch wenn wir den Finanzplan formal nur zur Kenntnis nehmen, auch ausgiebig darüber diskutieren.

Da Prognosen besonders schwierig sind, sobald sie die Zukunft betreffen, ist nicht a priori klar, welches die richtige ist. Dieser Entscheid ist zwangsläufig ein politischer. Und deshalb ist die stadträtliche Prognose auch immer zu relativieren. Sie sind nicht nur zu relativieren, wenn man unterschiedliche politische Positionen vertritt, sondern weil die stadträtlichen Voraussagen in den letzten Jahren immer elegant danebenlagen. Und zwar sehr einseitig: Es kam jeweils besser als gedacht, wie ein Blick in die letzten Finanzpläne eindrücklich zeigt. Exemplarisch genannt sei an dieser Stelle die „Seeprofil“-Darstellung auf Seite 5. Der maximale Schuldenstand – also die tiefste Stelle des Sees – liegt nicht mehr bei 85 Millionen Franken, wie noch vor einem Jahr prognostiziert, sondern bei 77,5 Millionen. Also rund 7,5 Millionen besser. Vor einem Jahr wurde angenommen, dass die Nettoverschuldung per Ende 2014 auf diese 85 Millionen steigen sollte. Heute geht der Stadtrat davon aus, dass sie Ende 2014 „nur“ bloss 66 Millionen betragen wird. Das ist 19 Millionen besser.

Alles in allem beruht der Finanzplan 2011 - 2015 wiederum auf einer sehr vorsichtigen Prognose. So ist das angenommene Wachstum der einfachen Staatssteuer mit weniger als 10 % über die gesamte Planperiode, wie auf S. 56 dargestellt, wohl eher pessimistisch geschätzt. Sogar noch pessimistischer als im Vorjahr. Der einfache Staatssteuerertrag soll nämlich wieder sinken, wenn man den jetzigen mit dem vorjährigen Finanzplan vergleicht. Dieser Rückgang ist eine sehr gewagte Prognose, und ich habe hierfür auch keine stringente Begründung gefunden. Diese vorsichtige Planung ist per se nicht problematisch. Wir machen uns jedoch Sorgen um die Glaubwürdigkeit unserer Stadtregierung. Wer mehrere Jahre in fast schon systematischer Manier daneben haut, verliert mittelfristig das Vertrauen in seine Planung und seine Planungsinstrumente. Den Stadtrat rufen wir deshalb auf, bei seiner Planung vermehrt in Varianten zu denken und diese Varianten auch darzustellen. Denkbar wäre, mehrere Szenarien wie z. B. „Bestes“, „Mittleres“ und „Schlechtestes“ darzulegen. Anschliessend könnte der Stadtrat begründen, weshalb er gerade Szenario X wählte. Gerade die Steuerschätzungen wären hierzu mehr als geeignet. Die FDP-EVP-Fraktion nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

Fredi Morf:

Der Finanzplan zeigt in eine Richtung, die wir von der SVP-Fraktion als sehr gewagt beurteilen. Die grossen Investitionen und die dadurch notwendige Zunahme der Verschuldung sind ein mutiger Schritt, um den angestauten Nachholbedarf umsetzen zu können. Auf der einen Seite haben wir die Verschuldung, dessen Zinslast sich auf die laufende Rechnung auswirkt, aber auch die damit verbundenen sehr hohen Abschreibungen. Die SVP-Fraktion anerkennt zwar den Nachholbedarf, insbesondere bei der Schule. Allerdings erhebt sie dort den Zeigefinger, wo es um kostengünstiges und zweckmässiges Bauen geht. Hier müssen Stadtrat und Schulpflege unbedingt darauf achten, dass diesen Forderungen Rechnung getragen wird und nicht alle Vorgaben des Kantons und der Bildungsdirektion in voreiligem Gehorsam zuungunsten der Steuerzahler berücksichtigt werden. Ein erneutes Vorgehen wie im Fall Kopfholz würde zwangsläufig zu einem Scheitern des Projekts führen. Ein Verhindern des Erweiterungsbaus im Kopfholz hätte die immensen Planungskosten in den Sand gesetzt und neue Kosten bewirkt. Deshalb war es für die SVP nicht opportun, dieses Projekt nun noch zu verhindern. In Zukunft müssen die Schulhausbauten aber nun wirklich zweckmässig und nicht extravagant daher kommen. Im Weiteren bezweifelt die SVP-Fraktion, dass solch hohe Investitionen überhaupt seitens der Stadt und der Schule in einem solchen Zeitraum realisierbar sein werden, wenn wir die geplanten Investitionen der letzten Jahre mit den effektiven vergleicht. Aber es heisst ja Finanz-

plan und es wird sich ja dann zeigen, ob Planung und Realisierung in diesem Sinne auch gemacht werden können.

Die SVP-Fraktion nimmt den Finanzplan somit mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis.

Farid Zeroual:

Bei der Durchsicht des Finanzplanes 2011 - 2015 habe ich nach einem Element gesucht, welches zukünftig Auswirkungen auf die Stadtverwaltung haben wird. An der GR Sitzung vom 5. Oktober hat Stadtpräsident Harald Huber einen Zwischenstand zur Motion „Integration der Schule in den Stadtrat und in die Stadtverwaltung“ abgegeben. Neben den bisher erledigten Aufgaben im Projekt wurden auch die Projektorganisation und ein grober Fahrplan mit Meilensteinen im 2012 - 2013 aufgezeigt. Zur Erinnerung die Meilensteine des Gesamtvorhabens:

- Start der Teilprojekte	September 2011
- Abschluss der Teilprojekte	März 2012
- Entwurf des Antrages liegt vor	Mai 2012
- Feedback Stadtrat/Schulpflege an Projektgruppe	Juni 2012
- Verabschiedung des Antrags z. Hd. Stadtrat/Schulpflege	Juli 2012
- Offizielle Verabschiedung des Antrags im Parlament	Oktober 2012
- Volksabstimmung	3. März 2013
- Abschluss der operativen Vorbereitungsarbeiten	Oktober 2013
- Start der Neuorganisation	1.1.2014

Im Finanzplan 2011 - 2015 zeigt sich keine Veränderung in der Planung, die Personalkosten 2014 sind unverändert. Da dies finanziell keine Auswirkungen zu haben scheint, sind mir andere Aspekte dieses Projektes bewusst geworden. Da dieses Projekt neben den reinen betriebswirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Dimensionen auch eine politische Dimension hat, stelle ich hier zwei Fragen:

- Per wann soll eine Vernehmlassung mit den Parteien Adliswils erfolgen?
- In welchem Umfang werden die Parteien für den Start der Neuorganisation im 2014 - ein Wahljahr - einbezogen?

Da bei diesem Traktandum keine allgemeine Fragestunde vorgesehen ist, frage ich den Stadtrat, ob die beiden Fragen beantwortet werden oder ob ich sie bei der nächsten Fragestunde nachreichen?

Im Übrigen nimmt die CVP-Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis.

Der Stadtpräsident Harald Huber bittet um Nachreichung der Fragen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen. Somit wurde der Finanzplan zur Kenntnis genommen.

3. Budget 2012 (2011-233)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2011 sowie des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

Eintretensdebatte

Yannick Wettstein, Präsident der RGPK:

Sie haben die Info bereits erhalten: Die RGPK empfiehlt einstimmig, ihrem Änderungsantrag – Senkung des Steuerfusses um 2 % von 110 auf 108 % - zuzustimmen.

Das Budget 2012 fällt in eine Phase, die für die Gemeinden, insbesondere auch für Adliswil, mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet ist. In der Aufgaben- und Finanzordnung zwischen Kanton und Gemeinden gibt es zwei bedeutende Änderungen: die Reform des Finanzausgleichs sowie die neue Spitalfinanzierung. Dies wird zu einer massiven Umwälzung der Finanzströme führen und den Haushalt der Stadt Adliswil um einen Betrag in Millionenhöhe entlasten. Der neue Finanzausgleich wurde am 15. Mai 2011 vom Zürcher Stimmvolk angenommen. Er sorgt – vereinfacht ausgedrückt – dafür, dass alle Gemeinden über genügend Mittel verfügen sollen, um ihre Grundaufgaben mit einem vertretbaren Steuerfuss wahrnehmen zu können. Für Adliswil ist das wichtigste Element des Finanzausgleichs der sogenannte Ressourcenausgleich, der sicherstellen soll, dass alle Gemeinden mit mindestens 95 % der durchschnittlichen Steuerkraft ausgestattet werden. Gemäss den am 30. Juni 2011 publizierten provisorischen Daten des Kantons wird sich der Zuschuss für Adliswil auf 2,7 Mio. Franken belaufen. Leider bringt der neue Finanzausgleich der Stadt Adliswil nicht nur Mehreinnahmen, denn unter dem alten Finanzausgleichssystem ist den Gemeinden ein grosser Teil der Finanzausgleichsmittel in Form von finanzkraftabhängigen Staatsbeiträgen zugeflossen. Nun sind die finanzkraftabhängigen Staatsbeiträge auf der Höhe des bisherigen Minimalsatz vereinheitlicht worden. Das heisst z. B., dass der Kanton nur noch 20 % an die Lehrerlöhne zahlen wird, statt wie bisher 29,2 %. Das tönt nach wenig, macht aber für uns Mehrkosten von 1,3 Mio. Franken aus, und wenn man noch die neuen Klassen, die im 2012 geschaffen werden sollen, dazu rechnet, steigt der Aufwand bei den Lehrerlöhnen sogar um 1,9 Mio. Franken. Die zweite Veränderung, die neue Spitalfinanzierung, die ebenfalls per 1.1.2012 in Kraft tritt, hat zur Folge, dass die Spitalversorgung ausschliesslich vom Kanton und die Pflegeversorgung ausschliesslich von den Gemeinden mitfinanziert werden. Insgesamt resultiert dadurch eine Lastenverschiebung von den Gemeinden zum Kanton. Gemäss den vom Kanton im August publizierten Zahlen ergibt sich für Adliswil netto eine Minderbelastung von mehr als 2,8 Mio. Franken. Für die Finanzplanung erschwerend wirkt sich zudem die anhaltende Unsicherheit bezüglich der Bewältigung der europäischen Währungskrise, deren Auswirkung auf die Schweizer Wirtschaft und damit auf das Steuersubstrat der Gemeinden. Für Adliswil wird die Budgetierung zusätzlich erschwert durch die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Entwicklung im Gebiet Adliswil Nord punkto Steuererträge der Neuzuzüger. Bei einer solchen Ausgangslage hängt viel davon ab, ob man sich eher für eine konservative Prognose der unsicheren Faktoren entscheidet oder eher für eine optimistische.

Aufgabe der RGPK und des Gemeinderates als Entscheidungsorgan ist es, die Plausibilität der von der Exekutive gemachten Annahmen zu prüfen. Im Budget 2012 plant der Stadtrat mit einer Aufwandsteigerung von 4,1 % auf neu rund 140,6 Mio. Franken und ei-

nem Ertragsüberschuss von rund 5,3 Mio. Franken. Der Ertragsüberschuss kommt jedoch einmal mehr nur dank ausserordentlichen Erträgen zustande, insbesondere aus der Veräusserung des Stadthausareals, aus der ein einmaliger Gewinn von 6,7 Mio. Franken erwartet wird. Unter Abzug der ausserordentlichen Erträge resultiert weiterhin ein strukturelles Defizit in der Höhe von 1,4 Mio. Franken, was im Bereich des Vorjahres liegt. Die Laufende Rechnung ist damit weiterhin nicht nachhaltig. Die RGPK ist enttäuscht, dass es trotz der massiven Mehreinnahmen aufgrund des neuen Finanzausgleichs und der neuen Spitalfinanzierung nicht gelungen ist, ein Budget ohne strukturelles Defizit zu erstellen.

Die RGPK ist zum Schluss gekommen, dass insbesondere die Schätzungen im Bereich des Steuerertrages der natürlichen Personen tendenziell zu pessimistisch erscheinen. Wie bereits im Rat schon thematisiert wurde, erscheinen die Annahmen der Steuereinnahmen der Neuzuzüger eher tief. Dieser Eindruck wird mit einem Blick auf den Finanzplan bestätigt. Gemäss der auf S. 8 publizierten Prognose fürs 2011 sind die ordentlichen Steuern fürs 2011 signifikant höher ausgefallen. Budgetiert waren rund 45 Mio. Franken, definitiv eingehen werden rund 2,5 Mio. Franken mehr. Wie die RGPK erst zu einem späten Zeitpunkt erfahren hat, sind davon 1,8 Mio. Franken auf eine einmalige Zahlung eines einzelnen Steuersubjektes zurückzuführen. Aber auch unter Berücksichtigung dieses Betrages verbleibt eine nicht zu vernachlässigende Diskrepanz. Pro Memoria: Ein Steuerprozent entspricht gemäss der Schätzung des Stadtrates zirka 420'000 Franken. Die Auswirkungen der kalten Progression wurden bereits angetönt. Der Regierungsrat hat die Steuertarife und die Abzüge bei der Steuererklärung ab der Steuerperiode 2012 der Teuerung angepasst. Er gleicht damit die seit 2002 aufgelaufene Teuerung von 8,5 % aus. Der Stadtrat geht im Budget davon aus, dass dies zu einer Reduktion der Steuereinnahmen von zirka 8,5 % führen werde. Die RGPK ist im Rahmen der Analyse der eingeforderten Berechnungsgrundlagen und durch eigene Berechnungen zum Ergebnis gelangt, dass die 8,5 % zu hoch angesetzt sind. Abweichungen zu den von anderen Gemeinden getroffenen Annahmen lassen ebenfalls Zweifel aufkommen. So geht z. B. Bülach von einem Steuerausfall von lediglich 3,5 % aus, Dübendorf von 4,2 % und Illnau-Effretikon ebenfalls in diesem Rahmen. Insgesamt lassen diese Effekte aus Sicht der RGPK den Schluss zu, dass sich der vom Stadtrat bei einem Steuerfuss von 110 % prognostizierte Steuerertrag auch mit einem tieferen Steuerfuss erreichen lässt. Unabhängig von der Frage, wie sich die Steuereinnahmen 2012 effektiv entwickeln werden, erachtet die RGPK eine moderate Senkung des Steuerfusses primär aus einem anderen Grund für angezeigt. Basierend auf der Belegprüfung im Rahmen der letzten Rechnungsprüfung, kombiniert mit den Ergebnissen aus der aktuellen Prüfung des Budgets, ist die RGPK parteiübergreifend und einstimmig zur Ansicht gelangt, dass weiterhin in verschiedenen Bereichen Sparpotential ungenutzt geblieben ist, gerade im Bereich Informatik oder bei der Vergabe von Mandaten an Dritte – beides Themen, die die RGPK in letzter Zeit schwerpunktmässig beobachtet hat. Nach der Erfahrung der letzten Jahre ist die RGPK zum Schluss gekommen, dass die verbleibenden Baustellen vom Stadtrat offensichtlich erst dann angegangen werden, wenn man ihm durch eine angemessene Verknappung der Ressourcen einen Wink mit dem Zaunpfahl gibt. Der Umfang der Steuersenkung ist dabei bewusst so gewählt worden, dass sich der Fehlbetrag durch entsprechende Aufwandreduktionen problemlos einsparen lässt. Es ist stossend, wenn – wie in diesem Jahr passiert – Leistungen, die Einwohnerinnen und Einwohner direkt betreffen, z. B. im Bereich der Schule oder der Jugend eingespart werden müssen, während in der Verwaltung weiterhin Sparpotenzial in Bereichen vorhanden ist, die die Einwohner nicht direkt betreffen. Um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, sage ich in aller Deutlichkeit: Die RGPK wird mit Argusaugen darüber wachen, dass die genannten Problemfelder auch tatsächlich angegangen werden. Die

vorgeschlagene Steuersenkung soll vom Stadtrat auf keinen Fall zum Anlass genommen werden, Leistungen zu kürzen, die direkt der Bevölkerung zugute kommen.

Die RGPK empfiehlt die Steuersenkung im Wissen um die bevorstehenden Investitionen und der prognostizierten negativen Vermögensentwicklung und ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Gerade weil Adliswil zur Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen Aufgabenerfüllung mit dem Ziel, auch in Zukunft einen attraktiven Wohnort zu bleiben, auf finanzielle Ressourcen angewiesen ist, ist es für die RGPK von zentraler Bedeutung, dass der Stadtrat über sämtliche Ressorts hinweg eine objektive und kritische Überprüfung der bestehenden Strukturen und Prozesse durchführt, damit er das Maximum an Finanzen dort alloziert, wo die Einwohnerinnen und Einwohner effektiv profitieren können. Nicht zuletzt kann mit dieser Steuersenkung auch ein wichtiges positives Signal an die bestehenden und potenziellen Einwohnerinnen und Einwohner gesendet werden. Noch eine Zahleninformation: Der Adliswiler Steuerfuss – siehe auch S. 3 des Finanzplanes – lag vor etwa vier Jahren noch zirka 8 % über dem Durchschnitt der Referenzgemeinden, die der Stadtrat aufgeführt hat. Inzwischen ist diese Differenz auf 19 % angewachsen. Dieses Signal muss wahrgenommen werden. Die RGPK unterbreitet einstimmig folgenden **Änderungsantrag** zu 2.18 der Stadtratsanträge:

Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108 % festgesetzt.

Die übrigen Anträge, 2.1 – 2.17 und 2.19 empfiehlt die RGPK zur Annahme.

Zum Schluss danke ich dem Stadtrat, der Finanzverwaltung und den übrigen Verwaltungsexperten herzlich für die i. d. R. sehr schnelle und qualitativ gute Beantwortung der Fragen, und ich danke auch dem Prüfersteam der RGPK.

Der Ratspräsident hält fest, dass ein Änderungsantrag der RGPK vorliegt, über den im Abstimmungsteil zuerst abgestimmt werde.

Hanspeter Clesle, Präsident der Sachkommission:

Vorab bedanke ich mich für die sehr frühe Zustellung des Globalbudgets und Finanzplanes. Die Sachkommission hat alle Produktegruppen (PG) mit Ausnahme der Finanzen und Steuern kontrolliert. Die Kommission hat festgestellt, dass in zwei PG Gemeinderatsbeschlüsse vom 6. Juli 2011 nicht oder nur teilweise umgesetzt wurden. Es betrifft dies die PG „Behörden, Kultur“ und „Soziales“. In der PG Behörden, Kultur galt es, das Globalbudget-Postulat zum Ziel A7, Kultur vollständig umzusetzen. Das Ziel Kultur wurde mit dem zusätzlichen Indikator A7.3 ergänzt, das Wort „finanziell“ fehlte jedoch. Korrekt muss es bei der Rubrik „Gegenstand“ heissen: „von der Stadt finanziell unterstützte Veranstaltungen“. In der PG Soziales wurde der Antrag zum Ziel K3 Betreutes Wohnen mit dem Ergänzungssatz „Der Kostendeckungsgrad beträgt 100 % abzüglich eines Anteils an internen Verrechnungen“ und der Indikator K3.2 Kostendeckungsgrad nicht eingefügt.

Der Stadtrat hat umgehend auf die Intervention der Sachkommission reagiert und mit Beschlüssen vom 15. November 2011 die Versäumnisse bereinigt. Die Sachkommission ist mit den Nachträgen einverstanden. Die Details haben Sie sicher in den entsprechenden, bereits vorgängig zugestellten Stadtratsbeschlüssen 275 und 286 gesichtet. Der Stadtrat ist aufgerufen, künftig sicherzustellen, dass alle Gemeinderatsbeschlüsse und Vereinbarungen zwischen Stadtrat und der Sachkommission in das Globalbudget eingefügt werden. In der letztjährigen Budgetdebatte forderte die Sachkommission unter anderem, dass das Globalbudget von einem interessierten Leser ohne grosse Nachfragen muss nachvollzogen werden können. Diesem Ziel ist das vorliegende Globalbudget entschieden näher gekommen. Die allermeisten Kommentare und Beschreibungen der einzelnen Produk-

tegruppen sind gut verständlich und aussagekräftig. Der neu eingebaute Abschnitt „Ausblick“ in den Kommentarbereichen bewährt sich sehr. Flüchtigkeitsfehler, wie sie im letzten Budget auftraten, wurden keine nennenswerten entdeckt. Die Darstellung ist allgemein erheblich verbessert worden. Das Format erweist sich als handlich. Die Aufführung der Nettokosten neben den entsprechenden Zielen im gleichen Balken würde die Transparenz fördern. Auf einem Blick wäre ersichtlich, welche Leistung wie viel kostet. Beispiel auf Seite 48, Ziel G1 Wasser: „Sicherstellen der Versorgung der Stadt mit hygienisch einwandfreiem Wasser zu Trink- und Feuerlöschzwecken in ausreichender Menge und zu wirtschaftlichen Konditionen.“ Diese Leistung kostet netto 455'300 Franken. Dies auf einer Linie darzustellen, ist der Wunsch der Kommission. Die Sachkommission hat mit gezielten Fragen, persönlichen Kontakten und in Zusammenarbeit mit der RGPK die Prüfungen durchgeführt. Die Kommission wurde durchwegs kompetent, detailliert und schnell informiert. Die Sachkommission hat bei allen Produktgruppen festgestellt, dass die vom Juli-Gemeinderatsbeschluss geforderten Ziele und Indikatoren vollständig und korrekt ins Globalbudget 2012, inklusiv den von mir erwähnten und vom Stadtrat nachträglich bereinigten Mängeln, übernommen worden sind. Die Ziele und Indikatoren erachtet die Sachkommission als realistisch und erreichbar. Mit diesen Vorgaben können die gewünschten Leistungen erbracht werden.

Die Sachkommission beantragt einstimmig, betreffend die ihr zugeteilten Produktgruppen das Globalbudget 2012 zu genehmigen. Die Sachkommission bedankt sich ganz herzlich beim Stadtrat sowie bei den Verantwortlichen der Stadtverwaltung und der Schule für die konstruktive Zusammenarbeit. Ich danke auch allen Mitgliedern der Sachkommission für ihren engagierten Einsatz.

Stadtrat Walter Müller:

Das Budget 2012 zeigt vor ausserordentlichen Einnahmen ein Defizit von 1,367 Mio. Franken. Wie ich beim Finanzplan schon gesagt habe, können wir nicht immer weiter Schulden machen. Wir müssen weiterhin das Ziel haben, eine ausgeglichene Rechnung erlangen zu können. Wenn Sie also heute über den Steuerfuss diskutieren, sind Sie also mit den Finanzzahlen ehrlich. Eine Steuerfussreduktion läuft zum heutigen Zeitpunkt ganz sicher in die falsche Richtung. Es ist klar, Adliswil sollte auch – wie die umliegenden Gemeinden – einen attraktiven Steuerfuss haben. Doch, was spricht dagegen? Wir haben gewisse Gemeinden mit Adliswil verglichen: Da sticht einmal die Steuerkraft pro Einwohner ins Auge. Die ist in Adliswil nach wie vor unterdurchschnittlich. Die Stadt Bülach, die sich ähnlich entwickelt wie Adliswil, hat einen Steuerfuss von 117 % und dazu ein Nettovermögen von 318 Franken pro Einwohner. Auch Schlieren mit einem Steuerfuss von 119 % hat ein kleines Nettovermögen von 384 Franken pro Einwohner. Adliswil mit einem Steuerfuss von 110 % hat eine Nettoschuld von 1'456 Franken pro Einwohner. Es gibt aber weitere Gründe gegen eine Steuerfussreduktion:

- In den Jahren 2007 bis 2012 hat Adliswil die Rechnung immer nur nach ausserordentlichen Erträgen positiv abgeschlossen, jedoch immer in einem kleinen Rahmen. Das genügt nicht, die Verluste aus den Jahren 2001 bis 2006 wettzumachen. Deshalb haben wir nach wie vor eine Nettoschuld von 24,6 Mio. Franken. Das Eigenkapital sollte in einem gesunden Haushalt mindestens so gross sein wie der Ertrag der einfachen Staatssteuer, was in Adliswil bei weitem nicht der Fall ist.
- Wie Sie bereits gehört haben, wird Adliswil aus dem Finanzausgleich 2,7 Mio. Franken erhalten, was von einer unterdurchschnittlichen Steuerkraft abhängt.
- Der Selbstfinanzierungsgrad sollte idealerweise bei 100 % liegen, in Adliswil beträgt er 40 %. Auch dies kann so nicht weitergehen.

- Der Präsident der RGPK hat vorhin gesagt, dass die kalte Progression mit 8,5 % berücksichtigt worden sei. Das stimmt nicht, wir haben dies der RGPK bereits mitgeteilt, und wir haben die Zahlen präsentiert. Beim Kanton ist die Rede von 8,5 % gewesen, in Adliswil sind 5,3 % berücksichtigt.
- Im weitem glaube ich nicht, dass wir zu pessimistisch budgetieren. Ich erinnere daran: Im 2010 lagen die Steuereinnahmen 1,6 % neben dem Budget.

Aus diesen Gründen sollten Sie heute einer Steuerfussreduktion nicht zustimmen.

Daniela Morf:

Die SVP-Fraktion steht geschlossen hinter den Aussagen des RGPK-Präsidenten. Vor allem der Änderungsantrag der RGPK, den Steuerfuss in Adliswil um 2 % zu senken, scheint uns ein erster Schritt in die richtige Richtung. Positiv ist das neue Layout des Büchleins Budget 2012. Es führt zu einer besseren Übersicht und die ausführlicheren Kommentare sowie die neu eingeführten Ausblicke der einzelnen Ressorts sind sehr hilfreich für die Arbeit der RGPK sowie der Sachkommission. Da es insgesamt verständlicher ist, mussten weniger Fragen an den Stadtrat und die Verwaltung gestellt werden und somit war der ganze Prüfungsprozess effizienter. Bedauerlich hingegen ist die Tatsache, dass wiederum ein Aufwandanstieg budgetiert wird. Es ist uns klar, dass dies teilweise, wie zum Beispiel mit höheren Lehrerlöhnen, durch den Kanton vorgegeben ist. Dem steht jedoch eine Entlastung des Haushaltes durch die neue Spitalfinanzierung gegenüber. Auch konnte das strukturelle Defizit nicht eliminiert werden. Das bedeutet: Auch für das Jahr 2012 wird ein Aufwandüberschuss, vor ausserordentlichen Erträgen, budgetiert. Die SVP-Fraktion verlangt vom Stadtrat konkrete Schritte zur Beseitigung des strukturellen Defizits. Es ist erstaunlich, dass unserer Stadtrat nicht genügend Verantwortung zeigt und entsprechende Massnahmen ergreift, um Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen zu gestalten. Wir erwarten deshalb vom Stadtrat für die kommenden Jahre ein entsprechendes Sanierungs- und Entlastungskonzept. Auf Bundes- und Kantonsebene, aber auch in anderen Städten und Gemeinden werden laufend Sparprogramme und Restrukturierungen umgesetzt. Jeder Privathaushalt ist gezwungen, die Ausgaben nach den Einnahmen auszurichten. Die auf uns zukommenden Investitionen sind mehrheitlich zwingend. Doch gilt es, diese so kostengünstig und tief wie möglich zu halten, da die Abschreibungen sowie die laufenden Zinsen den Haushalt der Stadt Adliswil stark belasten.

Der letzte Aufruf des Gemeinderates zur Auflistung von Sparmöglichkeiten wurde mit so innovativen Ideen wie Schliessung des Hallenbades oder der Bibliothek beantwortet. Solche Vorschläge zeugen von wenig Interesse, mehrheitsfähige und lösungsorientierte Sparvorschläge vorzulegen. Die überdimensionierte Stadtverwaltung hingegen wurde nicht einmal erwähnt. Die Botschaft ist anscheinend noch immer nicht angekommen. Im Budget 2012 steigen die Personalkosten um 7,3 % sowie die Entschädigung für Dienstleistungen an Dritte sogar um 21 %. Das ist für die SVP-Fraktion inakzeptabel. Die ganze Welt ist am Sparen, nur Adliswil will in Zukunft die Verwaltung noch weiter ausbauen. Stadtrat Walter Müller hat im Sihltaler vor einigen Tagen sogar gesagt, dass jetzt beim Sparen jeder Franken wehtun würde. Dabei verkennt er aber, dass es bei der Verwaltung und auch bei den ausgelagerten Dienstleistungen Dritter noch erhebliches Sparpotential gibt. Zudem kündigte er an, dass längerfristig die Verwaltung, insbesondere bei der Einwohnerkontrolle und der Polizei, ausgebaut werden müsse. Dies aufgrund der neuen Wohngebiete. Dagegen wird sich die SVP-Fraktion ganz klar wehren. Dieses neue Quartier wird sicherlich nicht mehr Kriminalität nach Adliswil bringen. Und bei der Einwohnerkontrolle entsteht nur in den ersten Jahren ein etwas grösserer Aufwand, wenn sich überdurchschnittlich viele Personen neu anmelden. Danach wird sich die Fluktuation wieder

einpendeln. Es ist aber bezeichnend, dass der Stadtrat lieber vom Ausbau der Verwaltung im Umfang von 1 - 2 Mio. Franken spricht, als von einer Effizienzsteigerung und vom Bürokratieabbau. Die SVP Adliswil wird jegliche unbegründete Ausbauschritte in der Stadtverwaltung mit allen politischen Mitteln bekämpfen. Sie erwartet vom Stadtrat deshalb konkrete Vorschläge wie er gedenkt, die Verwaltung zu entschlacken.

Die Informatik sowie der Stab Verwaltungsleitung sind gute Beispiele für Bereiche mit einem gewissen Sparpotenzial. Die Stellen im Ressort Präsidiales wurden in letzter Zeit sogar noch ausgebaut, denn die Informatikstellen wurden mehrheitlich ausgelagert und werden nun unter dem Posten Dienstleistungen Dritter abgerechnet. Dafür wurden die Stellen im Stab der Verwaltungsleitung geschaffen. Im Stellenplan hatte dieser Trick natürlich keine Auswirkungen, bei den Kosten jedoch schon. Dazu kämen bestimmt noch zahllose andere Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung. Voraussetzungen sind jedoch die Fähigkeit, diese zu erkennen und der Wille zur Umsetzung. Da der konstruktive Weg wie die Bitte an den Stadtrat, vernünftige Sparvorschläge vorzulegen, nichts gebracht hat, bleibt jetzt nur noch der Mittelentzug. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass auf Grund der pessimistischen Budgetierung der Steuereinnahmen ein Teil der durch die Steuersenkung wegfallenden Einnahmen aufgefangen werden können.

Zum Schluss möchten wir noch unser Unverständnis vorbringen, dass der mehrheitlich bürgerliche Stadtrat nicht von sich aus bereit ist, die Steuern zu senken. Sogar die durch alle Parteien zusammengesetzte RGPK empfiehlt einstimmig eine Steuerfussenkung. Die SVP setzt sich für bürgerliche Werte und die Entlastung des Mittelstandes ein und hofft daher, dass die Steuerfussenkung von 2 % vom Gemeinderat angenommen wird.

Davide Loss:

Dem Gemeinderat liegt ein Budget mit einem Ertragsüberschuss von rund 5,3 Mio. Franken vor, das grundsätzlich positiv stimmt. Leider kommt aber auch dieser Ertragsüberschuss einmal mehr massgeblich durch ausserordentliche Liegenschaftenveräusserungen zustande. Für die SP-Fraktion ist klar, dass dieser in Mode gekommene Trend, Liegenschaften zu verkaufen, gestoppt werden muss. Stattdessen braucht es bezahlbaren Wohnraum für den Mittelstand. Für die SP-Fraktion ist ebenso zentral, dass die Stadt Adliswil als Arbeitgeberin attraktiv bleibt; es braucht mehr Wertschätzung gegenüber dem Personal. Das Personal sieht sich mit einem immensen Spardruck konfrontiert, und immer wieder hört und liest man, das Personal arbeite nicht effizient, und es sei noch grosses Sparpotenzial vorhanden. Tagtäglich bewältigt unsere Stadtverwaltung immense Aufgaben, jetzt noch mehr mit den neuen Gebieten Lebern und Dietlimoos, und es kommen jährlich zusätzliche Aufgaben hinzu, die der Kanton auf die Gemeinden abschiebt. Jetzt ist auch einmal das Personal an der Reihe. Es braucht gute Leute in Adliswil, und wenn wir wollen, dass diese bei uns bleiben, dann müssen wir Ihnen Wertschätzung entgegenbringen. Für uns ist klar, dass das Personal nach den mageren Jahren Anspruch auf eine Lohnerhöhung hat, das ist mehr als gerechtfertigt. Wir von der SP setzen uns fürs Personal ein, und wir laden auch den Stadtrat ein, gleiches zu tun. Für den enormen Einsatz danken wir allen städtischen Angestellten ganz herzlich.

Ueli Gräflein:

Die Grüne Fraktion lehnt eine Steuerfussenkung ab, weil wir glauben, dass der Stadtrat eine fundierte Abklärung gemacht hat. Eine Senkung würde noch mehr Sparmassnahmen nach sich ziehen, was unserer Ansicht nach unverantwortlich wäre. Zudem stehen sehr hohe Investitionen an, die über die Steuererträge getragen werden müssen. Das Adliswi-

ler Wachstum hat auch ein Infrastrukturwachstum zu Folge und somit höhere Kosten. Es ist die Aufgabe der Stadt, für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Seniorinnen und Senioren eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 110 % zu belassen.

Thomas Fässler:

Das vorliegende Budget 2012 weist einige Unsicherheitsfaktoren auf, so sind verschiedene Investitionen unsicher, die Entlastung wegen der neuen Spitalfinanzierung und dem neuen Finanzausgleich machen eine Vorhersage schwierig. Auch die zukünftigen Steuereinnahmen sind schwierig abzuschätzen, so gilt es Zuzüger zu berücksichtigen und auch die Wirtschaftslage ist kritisch. Im Wissen all dieser Faktoren hat die RGPK einen Antrag zur Steuerfussenkung um 2 % eingereicht. Wir haben diesen Antrag in der Fraktion länger diskutiert. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass der Stadtrat eher zu konservativ budgetiert hat. Wir sehen in gewissen Bereichen auch noch Sparpotenzial, vor allem bei zentralen Aufgaben sollte man in nächster Zeit den Fokus legen. Wir haben aber auch gesehen, dass der Stadtrat den Finanzplan mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 40 % als Ziel erstellt hat. Im Jahr 2014 soll er sogar nur 15 % betragen. Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % bedeutet, dass wir Geld leihen müssen, um Investitionen zu tätigen. Dies heisst, dass wir in den nächsten Jahren massiv Schulden anhäufen. Sie sehen täglich in den Zeitungen und im Fernsehen wie es herauskommt, wenn man immer mehr Schulden anhäuft. Man kann Adliswil natürlich nicht direkt mit Griechenland, Italien oder etwa Irland vergleichen, aber im Grundsatz ist dies das gleiche. Wir leben über unseren Verhältnissen. Noch bevor wir den Haushalt gesichert nachhaltig im Griff haben, will man mit dem vorliegenden Antrag ein Teil der Einnahmen kappen. Die Schulden sollen gemäss Finanzplan von 30 Mio. bis im 2015 auf 77 Mio. Franken steigen, auch wenn das etwas zu pessimistisch wäre, wir hinterlassen unseren Nachkommen eine grosse Last. Das können wir den Jungen nicht zumuten. Oft habe ich das Argument gehört, dass viele Gemeinden fürs nächste Jahr, insbesondere in unserer Nähe, den Steuerfuss senken, warum also wir nicht. Wir haben keine Seesicht und Steuerzahler wie zum Beispiel unsere Nachbargemeinde. In Rüschlikon kann man sogar darüber diskutieren, ob man 2 Steuerprozent an die Dritte Welt spenden will. Wir bzw. eine knappe Mehrheit hat letztes Jahr das Budget der Jugendarbeit gekürzt, was nun zum Beispiel dazu geführt hat, dass das Skilager gestrichen wurde. Oder schauen Sie sich die Tabelle im Finanzplan auf Seite 55 an. Hier ist das Vermögen pro Bewohner von diversen Gemeinden aufgelistet. Bei den meisten Gemeinden ist die Zahl positiv, bei uns stehen minus 1'455 Franken, sprich jeder von uns hatte Ende letzten Jahres 1'500 Franken öffentliche Schulden. Es ist populär, eine Steuersenkung zu fordern. Ich bitte Sie aber, Verantwortung zu übernehmen. Ziel soll es sein, unseren Nachkommen keine Last, sondern Erfreuliches zu übergeben.

Die CVP stimmt dem Budget 2012 inklusive des beantragten Steuerfusses einstimmig zu und bittet Sie, dem zu folgen.

Mario Senn:

Zum Votum von Thomas Fässler: Es handelt sich um einen einstimmigen RGPK-Antrag, und nicht um einen von irgendwelchen Parteien.

Ich kann wohl niemanden im Saal überraschen, wenn ich erkläre, dass die FDP-EVP-Fraktion den Antrag der RGPK, den Steuerfuss um 2 % zu senken, unterstützen wird. Bereits letztes Jahr hat unsere Fraktion diesen Antrag gestellt. Sie haben ihn abgelehnt. Und ich habe anlässlich der Oktober-Sitzung bereits angekündigt, dass unsere Fraktion

wieder einen Antrag auf Steuersenkung unterstützen würde. Seitdem ist nichts passiert, was unsere Einschätzung ändern sollte. Im Gegenteil. Da ist zum einen die wiederum besser als budgetiert ausfallende Jahresrechnung 2011. Und das im ähnlichen Ausmass wie vor einem Jahr. Andererseits haben wir es kumuliert mit massiven Entlastungen zu tun, die durch den neuen Finanzausgleich sowie den bekannten Wechsel bei Spital- und Pflegefinanzierung ausgelöst werden. Es wäre bizarr, wenn diese in der neueren Geschichte einzigartigen Entlastungen keinerlei Folgen für den Adliswiler Steuerzahler hätten, insbesondere auch deshalb, wenn man sieht, dass auf kantonaler Ebene eine 7-prozentige Steuerfusserhöhung beantragt ist. Und da sind ein weiteres Mal diese sehr vorsichtigen Steuerschätzungen. Der Finanzvorstand hat die Budgetierung im Sihltaler als „realistisch“ bezeichnet. Ein Blick zurück widerlegt diese Behauptung jedoch gnadenlos. Mit jährlich wiederholten Schreckensszenarien, die alles andere als realistisch waren, hat der Stadtrat bis jetzt erfolgreich seine Hochsteuerpolitik durchgebracht. Der Stadtrat budgetiert defensiv. Diese Aussage hat einfach die normative Kraft des Faktischen. Wenn wir schon von Signalwirkung reden, möchte ich alle an die Steuerfuss-Karten der grossen Zeitungen erinnern. Es wäre gerade auch wichtig, wenn sich Adliswil dort zumindest hellgrün färben würde. Dies können wir mit einer 2-prozentigen Steuerfussenkung erreichen. Eine solche ist vernünftig und sie ist, wie auch die RGPK bei ihrer Beurteilung feststellte, tragbar. Wir hoffen sehr, dass sich die anderen Fraktionen dieses Mal nicht mehr vom Stadtrat einschüchtern lassen. Der Stadtrat stellt seit Jahren eine Steuerfussenkung in Aussicht, er bleibt aber immer sehr vage und verschiebt dies gerne auf den St. Nimmerleinstag. Und wenn man heute Stadtrat Müller zugehört hat, hat man eher das Bedürfnis einer Steuerfusserhöhung gehört.

Zum aufgeworfenen Punkt der Verschuldung: Wenn Sie die Investitionen ohne zusätzliche Verschuldung wollen, haben Sie zwei Möglichkeiten. Entweder investieren Sie nicht mehr oder Sie stellen konsequenterweise einen Antrag, den Steuerfuss um etwa 350 % zu erhöhen.

Zur Nachhaltigkeit: Es ist auch so, dass die Infrastruktur dann ein paar Jahrzehnte steht, man kann also nicht sagen, dass man einfach nur einen Schuldenberg hinterlässt. Zudem soll man einmal zurückschauen. Als Adliswil in den 70er Jahren wuchs, wurde das auch mit Schulden finanziert. Solange man mit der Verschuldung nicht laufende Defizite finanziert, ist die ganze Sache weniger tragisch, und hier liegt auch der Unterschied zu den genannten Schuldenstaaten der Europäischen Union.

Die FDP-EVP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates mit Ausnahme des Steuerfusses - Antrag 2.18 - zustimmen. Beim Steuerfuss wird sie den Antrag der RGPK unterstützen.

Renato Günthardt:

Zu den Aussagen von Finanzvorstand Walter Müller zur kalten Progression von 5,3 %: Hier sehen Sie die Schwierigkeit der RGPK, die entscheiden musste, ob das, was der Stadtrat budgetiert hat, realistisch ist. Auf Seite 8 des Budgets 2012 wird folgendes ausgeführt: „Im Steuergesetz sind per 1. Januar 2012 der Ausgleich der kalten Progression und die Erhöhung der Abzüge vorgesehen. Diese Gesetzesänderung wird gemäss Schätzungen zu einer Reduktion der Steuereinnahmen von zirka 8,5 % führen.“ Da gehen wir natürlich davon aus, dass der Stadtrat 8,5 % weniger budgetiert hat. In einem Mail vom 21. November 2011, auf eine Nachfrage der RGPK hin, erklärte sich dann die Finanzabteilung wie folgt: „Das durchschnittliche steuerbare Einkommen beträgt in Adliswil 72'000 Franken, was aufgrund der beiliegenden Berechnungen zu einer Reduktion von 7,3 % führt.“ Und heute nun erklärt Finanzvorstand Walter Müller, dass die Einbussen nun bei

5,3 % sind. Vielleicht kann man jetzt erklären, wie die unterschiedlichen Zahlen zustande gekommen sind, besten Dank.

Thomas Fässler:

Mario Senn sagt, wenn man die Steuern nicht senke, hätte das bezüglich des neuen Finanzausgleichs und der Spitalfinanzierung für die Bürgerinnen und Bürger keine Folgen. Das stimmt nicht. Es hat eine Auswirkung, nämlich die, dass wir dann weniger Schulden hätten; jeder einzelne würde profitieren. Bezüglich Signalwirkung: Ich glaube nicht, dass ein Steuerzahler nach Adliswil kommt, weil 108 statt 110 % Steuern zu bezahlen sind.

Detailberatung und allgemeine Fragestunde

Der Ratspräsident informiert, dass zuerst allgemeine Fragen behandelt werden, dann das Budget 2012 und dort die spezifischen Fragen und allfälligen Anträge an den entsprechenden Stellen.

Schriftliche Fragen

Mario Senn:

Im Zusammenhang mit der Sanierung der Kilchbergstrasse wurde die Sitzbank bei der Bushaltestelle Badstrasse - Fahrtrichtung Bahnhof Adliswil, vor Schreinerei Hunziker - entfernt. Diese Haltestelle wird auch durch Bewohner der Alterseinrichtungen sowie von Badegästen genutzt. Bei mir sind Beschwerden unzufriedener Passagiere eingegangen, weshalb ich folgende Fragen stelle:

1. Weshalb wurde die Sitzbank entfernt?
2. Plant der Stadtrat, die Haltestelle wieder mit einer Sitzbank zu versehen? – Da kann ich sagen, dass dies in der Zwischenzeit erfolgt ist.
3. Ist die Errichtung eines Buswartehäuschens geplant?

Stadtrat Patrick Stutz:

Im Rahmen der Sanierung der Kilchbergstrasse wurde die Bank entfernt, weil sie in einem schlechten Zustand war. Eine neue Originalbank wird wieder aufgestellt, die jetzige ist ein Provisorium. Ein Wartehäuschen ist nicht geplant, und zwar weil dort ein Trottoir ist, das die Erstellung eines Häuschens nicht ermöglicht.

Harry Baldegger:

Frage 1: In welchem Stadium ist das Projekt „Wohnen und Leben im Alter“?

Frage 2: Bis wann wird dem Gemeinderat das Alterskonzept vorgestellt?

Stadträtin Susy Senn:

Zur 1. Frage:

Ende 2009 hat der Stadtrat eine Altersstrategie verabschiedet. Dieses Papier ist die Grundlage für die Legislaturziele. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur mit einem hohen Anteil an älteren Einwohnern und Einwohnerinnen hat das Legislaturziel „Wohnen und Leben im Alter“ grosse Wichtigkeit für den Stadtrat und ganz speziell für das Ressort Soziales. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, sich intensiv mit Projekten dazu zu befassen. Zum Stand von diesen Teilprojekten kann ich wie folgt Auskunft geben:

- Aufbau von Quartierstützpunkten: Die Konzeptphase ist abgeschlossen. Die Umsetzungsphase wird, sobald es die personellen und die finanziellen Ressourcen erlauben, an die Hand genommen.
- Eigeninitiative und Freiwilligenarbeit: Aufgrund von fehlenden personellen Ressourcen hat ein entsprechendes Projekt noch nicht gestartet werden können. Die Koordination und Förderung von Eigeninitiative und Freiwilligenarbeit sowie die Vernetzung mit bereits bestehenden Angeboten wird zusammen mit der Einrichtung einer Beratungsstelle Hauptaufgabe eines zukünftigen Mitarbeiters mit Ausbildung im Altersbereich sein. Der Antrag des Stadtrates auf eine entsprechende befristete Stelle ist aufgrund von Hinweisen aus der RGPK inzwischen vom Stadtrat zurückgezogen worden und wird demnächst, ergänzt mit den Inputs der RGPK, neu eingereicht.
- Schaffung neuer Pflegeplätze: Mit der Schaffung von zusätzlichen Pflegeplätzen in der Pflegewohngruppe am Bad kann das Angebot an stationären Pflegeplätzen auf 124 erhöht werden. Die aktuelle Situation lässt zumindest kurzfristig auch Raum für die ab 1.1.2012 zu gewährleistende Übergangspflege. Wie hoch der Bedarf dafür sein wird, können erst die nächsten Monate zeigen.

Die Behandlung der anstehenden Projekte richtet sich nach den vorhandenen knappen Ressourcen und Kapazitäten; Prioritäten mussten gesetzt werden. Über den allfällig weiteren Bedarf an Pflegeplätzen und den Zeithorizont dazu gibt das Konzept über die Pflegeversorgung Auskunft.

Zur 2. Frage:

Gemäss dem neuen kantonalen Pflegegesetz müssen die Gemeinden dem Kanton im Januar 2012 ein Pflegeversorgungskonzept vorlegen. Das Konzept der Stadt Adliswil ist auf der Basis einer Vorlage von der Pro Senectute für die Gemeinden im Bezirk Horgen vom Ressort Soziales zusammen mit dem Ressort Sicherheit und Gesundheit erarbeitet und gestern Abend vom Stadtrat verabschiedet worden. Das Pflegeversorgungskonzept richtet sich nach dem Grundsatz: „Ambulant vor stationär“ und betrifft nicht nur die genannten Ressorts, sondern auch andere Bereiche der Stadt. So soll z. B. das Bauen von altersgerechten Wohnungen gefördert werden. Dieses Konzept wird dem Gemeinderat im Februar oder März und danach der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Altersstrategie aus dem Jahre 2009 und das gestern verabschiedete Versorgungskonzept bilden die Grundlage für die nächsten Schritte. Diese werden wir Ihnen zusammen mit dem Versorgungskonzept vorstellen. Weitere laufende Projekte in Zusammenarbeit mit dem Legislaturziel „Wohnen und Leben im Alter“, die zurzeit vom Stadtrat bearbeitet werden, sind entweder noch nicht kommunikationsreif oder zurückgestellt worden. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten, sobald Entscheide gefällt werden und es kommunizierbare Informationen gibt.

Simone Huber:

In Adliswil steigt die Einwohnerzahl stetig an. Dies führt zu mehr Abfall, der entsorgt werden muss. Die Schlange, der ich am Samstagmorgen auf dem Weg zur Arbeit begegne, hindert mich sogar schon an der Weiterfahrt zur Autobahn. Plant der Stadtrat, die Öffnungszeiten der Abfallentsorgungsstelle Tüfi zu vergrössern? Welche anderen Massnahmen hat der Stadtrat ergriffen bzw. wird er ergreifen?

Stadtrat Didier Falbriard:

Es ist dem Ressort Gesundheit bewusst, dass es zukünftig mehr Entsorgungsprobleme geben wird, umso mehr, da die Adliswiler Bevölkerung um 20 % wächst. Vor allem samstags bildet sich vor der Sammelstelle Tüfi immer mehr Stau. Die ersten Massnahmen mussten wir bereits ergreifen. Vor der Sammelstelle mussten wir ein Halteverbot anbrin-

gen, weil gewisse Benützer bereits eine halbe Stunde vor Öffnung vor dem Tor standen. Weiter haben wir mit einem Spezialisten für Entsorgungsstationen analysiert, was an der Sammelstelle optimiert werden könnte. Die aufgespürten Verbesserungen werden wir bei Gelegenheit umsetzen. Wir werden also so schnell wie möglich den Umstand verbessern. Das Problem ist aber, dass die Parkplätze und die Staulänge bei der Sammelstelle sehr beschränkt sind.

Renato Günthardt:

Aus der Zeitung und am Weihnachtsmarkt war zu entnehmen, dass das Oberstufenskilager, welches vor einiger Zeit von der Schule und in den letzten Jahren von der Jugendarbeit organisiert wurde, in diesem Jahr wegen den Sparmassnahmen des Gemeinderates im Jugendbereich nicht stattfinden könne. Ich stehe nach wie vor hinter unseren Sparanträgen, die - nebenbei bemerkt - bei der Jugendarbeit zu einem guten neuen Konzept geführt haben. Dass man nun aber genau das Skilager der Oberstufe streicht, zeugt von einer gewissen Trotzreaktion gegenüber unseren Sparbemühungen. Mit etwas Ideenreichtum wäre ein Beitrag an das Lager, zum Beispiel aus dem Globalbudget Schule, durchaus weiterhin möglich gewesen. Wenn ich mir im Ressort Bildung auf Seite 85 des Budgets das Produkt M7 Therapie und Soziales ansehe, dann steigt dort der Aufwand gegenüber dem Budget 2011 um 4,4 % bzw. Fr. 82'974.00. Dies, obwohl im Jahr 2011 die vom Volk abgelehnte Schulsozialarbeit teilweise budgetiert war. Der stetige Ausbau der Therapieangebote für die Schüler führt dazu, dass schon bald die Mehrheit der Schüler wegen Bagatellfällen in eine Therapie geschickt wird. Das hat sich mir in letzter Zeit aufgrund von Aussagen von Eltern bestätigt. Deshalb meine Fragen:

1. Wie hoch war der jährliche Beitrag des Ressorts Jugend und Sport, um das Skilager durchzuführen, und gibt es beim PEPPERMIND keine Möglichkeit im Rahmen der noch vorhandenen Projekte das Skilager im 2012 trotzdem noch durchführen zu können?
2. Gibt es im Rahmen der stetigen Erhöhung der Ausgaben im Bereich Therapie und Soziales in der Schule nicht eine Möglichkeit, ein solches Projekt aus diesem Globalbudget zu Lasten anderer Therapien und somit ohne Ausgabenerhöhung zu unterstützen? Das Oberstufenskilager hätte im weitesten Sinne auch einen sozialen Effekt gehabt. Die Schüler lernen dort nämlich Zusammenhalt, Verhalten in einer Gruppe und zum Beispiel auch wieder einmal das Erledigen des Abwasches nach dem Essen.

Stadtrat Stephan Herzog:

Ich nehme die Gelegenheit wahr, den Jugendlichen, die für ihr Lager gesammelt haben, ganz herzlich zu danken und zu gratulieren. Es sind gegen Fr. 4'500.-- zusammen gekommen. Darüber hinaus wurde ein Betrag von Fr. 2'000.-- zugesagt.

Ich habe in der April- und Juli-Ratssitzung erklärt, dass, wenn die betreffende Globalbudget-Motion überwiesen würde, das Schneesportlager nicht mehr durchgeführt werden könne. Der RGPK-Präsident hat auch gesagt, dass er dieses Angebot in Frage stellt, und wir haben dementsprechend geplant. Das Skilager kann mit dem heutigen Sachaufwand, den wir noch zur Verfügung haben, gar nicht mehr finanziert werden kann. Wir hätten sonst kein Geld mehr für andere Projekte. Der jährliche Beitrag vom Ressort Jugend und Sport hat ohne Personalkosten zwischen Fr. 11'000.-- und Fr. 17'000.-- betragen, abhängig davon, wie viele teilgenommen hatten. Wenn das Lager trotzdem durchgeführt werden kann, wird es nicht mehr unter der Leitung des PEPPERMIND sein, sondern allenfalls nur noch unter Begleitung.

Nach Absprache mit der Schulpräsidentin und als Mitglied der Schulpflege beantworte ich auch die zweite Frage. Das Budget für Therapien ist eher knapp bemessen ist, es sind dort keine Mittel für ein Skilager vorhanden. Renato Günthardt spricht u. a. von „zu Lasten

anderer Therapien“, was implizit heisst, dass das Lager eine Therapie sei, und das ist es natürlich nicht. Wenn man also Geld aus dem Therapiebudget für ein Lager einsetzen würde, wäre das eine Zweckentfremdung dieser Mittel. Wenn schon, müsste es aus anderen Budgets stammen. In diesem Sinne sind wir darauf angewiesen, dass das Lager gesponsert wird. Wir werden die Jugendlichen in ihrer Sponsorsuche aber unterstützen.

Mündliche Fragen

Roger Neukom:

Bezüglich nächtlichem Dauerparkieren auf öffentlichem Grund in Adliswil ist auf der städtischen Homepage eine Verordnung vom 7. April 1976 zu finden. Dazu habe ich folgende Fragen:

1. Wie definiert die Stadtpolizei den in Art. 1 erwähnten Begriff „Regelmässigkeit“ und wie wird die Regelmässigkeit durch die Stadtpolizei kontrolliert? Dabei frage ich mich: Geht es nicht um die Häufigkeit, denn regelmässig ist z. B. auch ein Ereignis, das zweimal im Monat stattfindet.
2. Gibt es eine Regelung für Mitarbeitende von gewerbetreibenden Firmen, welche nicht immer oder nur unregelmässig das Firmenfahrzeug nach Hause nehmen und auf öffentlichem Grund abstellen, z. B. ohne Ferien und Wochenende, und auch während der Woche nicht regelmässig.

Ich bin grundsätzlich nicht gegen die Gebühren für das Nachtparkieren, aber es sollte für alle Adliswilerinnen und Adliswiler klar geregelt sein.

Stadtrat Didier Falbriard:

Jede und jeder mit Adliswiler Wohnsitz hat die Möglichkeit, im privaten Bereich einen Parkplatz oder eine Garage zu mieten. Besteht diese Möglichkeit nicht, muss man zwangsweise auf öffentlichem Bereich parkieren und ist verpflichtet, die „Laternengebühr“ zu bezahlen. Das gilt auch für solche, die während der Woche mit dem Geschäftsauto in Adliswil parkieren, weil sie z. B. von zu Hause aus direkt an die Arbeit gehen. Das ist gleichbedeutend, wie wenn sie ihr Privatauto im öffentlichen Bereich parkieren würden. Die Stadtpolizei macht bei den Nachtpatrouillen Kontrollen. Fällt jemand mehrmals auf, wird er angeschrieben und aufgefordert zu erklären, warum er im öffentlichen Bereich parkiert, sofern er sich nicht selbständig für die Laternengebühr einsetzt.

Mario Senn:

Im Gemeinderatsprotokoll vom 6.4.2011, S. 244 heisst es im Kontext mit dem Änderungsantrag:

- „1. Die GB-Motion von Mario Senn, Fredi Morf und Dani Frei ist im Umfang von 300'000.- als erheblich zu erklären.
2. Der Betrag ist angemessen zwischen Stadtrat und Schulpflege aufzuteilen.
3. Stadtrat und Schulpflege berichten mit dem Antrag zum Budget 2012, mit welchen Massnahmen sie diesen Auftrag umgesetzt haben.“

Habe ich im Budget oder im Antrag etwas übersehen oder ist die Berichterstattung nicht erfolgt?

Stadtrat Walter Müller:

Die Erläuterung finden Sie im Antrag auf Seite 4.

Detailberatung

Seite 2 - 72: keine Wortmeldungen

Seite 73, Nicole Kappeler:

Unter K6.1 kann entnommen werden, dass der Auslastungsgrad der Alterswohnungen für 2012 auf 85 % angesetzt wurde. Im Hinblick auf die bereits mehrfach erwähnt, ausgewiesenen Bedürfnisse für Alterswohnraum stellen sich für mich folgende Fragen:

1. Wann gedenkt der Stadtrat die Missstände in der Liegenschaft Alterssiedlung im Tal anzugehen und zu beheben?
2. Sind bereits Projekte vorgesehen?

Stadträtin Susy Senn:

Zur 1. Frage: Der Stadtrat ist daran, im Rahmen des Projektes „Positionierung der Alterseinrichtungen“ eine mögliche Rechtsform zu prüfen. Dabei wird neben den stationären Einrichtungen auch der Miteinbezug der Alterssiedlung im Tal geprüft. Sobald das Konzept vorliegt, wird es dem Gemeinderat vorgelegt. Da in einem solchen Fall nicht nur die mögliche Form von einer Trägerschaft evaluiert werden muss, sondern auch der zukünftige Sanierungsbedarf und die damit verbundenen Kosten, hat der Stadtrat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die sich hauptsächlich mit dem Alters- und Pflegeheim, aber auch mit der Alterssiedlung im Tal befasst. Zusätzlich stellt sich die Frage der zeitlichen Abfolge. Mit einer Entscheidung bezüglich der Sanierung der Alterssiedlung wird daher gegen Herbst/Winter 2012 zu rechnen sein. Danach soll die Planung rasch an die Hand genommen werden. Die Alterssiedlung belastet die Rechnung übrigens nicht mehr, da die Investitionen abgeschrieben sind, im Moment tragen sie sogar positiv zum Abschluss bei. Inzwischen werden einige der teilweise nicht mehr gefragten 1-Zimmer-Wohnungen befristet zwischenvermietet, an Menschen, die noch nicht im AHV-Alter, aber vorübergehend von Wohnungsnot betroffen sind. Aktuell sind es sieben von 103 Wohnungen.

Zur 2. Frage: Das Projekt „Positionierung der Alterseinrichtungen“ ist in Bearbeitung. Neu sind mit dem „Wohnen am Bad“ durch die SABA altersgerechte Wohnungen mit zusätzlichen Angeboten und Siedlungsassistenz geschaffen worden. Weitere Projekte zur Schaffung von altersgerechtem Wohnen durch die öffentliche Hand sind zurzeit – auch aus finanziellen Gründen – keine vorgesehen, private Initiativen sollen jedoch unterstützt werden. Ziel vom Stadtrat ist es vornehmlich, altersgerechtes Wohnen generell zu fördern und Angebote und Unterstützung zu schaffen, damit Menschen möglichst lange in ihrem angestammten Wohnraum verbleiben können, auch wenn die Kräfte schwinden.

Nicole Kappeler:

Ich bedanke mich für die Antworten. Dass die Wohnungen sanierungsbedürftig sind, ist schon seit zirka acht Jahren ein Thema. Ich bin sehr froh, dass es jetzt angegangen wird, grad auch im Hinblick, dass Bedarf da ist, wenn jetzt noch von der Soodmatte in die neue Alterseinrichtung umgesiedelt wird. Es ist dringend notwendig, dass man sich nicht nur auf neue Liegenschaften konzentriert, sondern auch auf die bestehenden.

Seite 74 - 78: keine Wortmeldungen

Seite 79, Davide Loss:

Der Gemeinderat hat dieses Jahr ohne Unterstützung der SP-Fraktion Einsparungen beschlossen, u. a. auch bei der Jugendarbeit. Wie wir heute von Stadtrat Stephan Herzog

gehört haben, kann das Oberstufenskilager nicht mehr durchgeführt werden. Die SP-Fraktion findet dies sehr schade. Es haben nämlich im Schnitt 24,3 Jugendliche teilgenommen, was erfolgreich ist und auch für das Skilager spricht. Wir sollten für unsere Jugend ein Zeichen setzen, vor allem für sinnvolle Sachen. Deshalb stelle ich namens der SP-Fraktion folgenden **Antrag**:

Bei den Nettokosten des Produktes L3, Jugend, wird eine Saldoverschlechterung von Fr. 5'000.-- vorgenommen.

Wir haben gehört, die Jugendlichen haben selbst Fr. 4'400.-- gesammelt. Das zeigt, dass das Skilager den Jugendlichen wichtig ist. Zusammen mit den Fr. 2'000.--, die eine Stiftung zugesagt hat, sind es Fr. 6'400.--. Total werden Fr. 11'000.-- benötigt, d. h. mit Fr. 5'000.-- könnten wir das Skilager retten. Ich danke für die Unterstützung des Antrages.

Nicole Kappeler stellt einen **Ordnungsantrag auf einen Sitzungsunterbruch**:
Zustimmung.

Fortsetzung der Sitzung

Auf Verlangen des Ratspräsidenten präzisiert **Davide Loss** den **Antrag** wie folgt:

Das Globalbudget der Produktegruppe L wird um Fr. 5'000.-- erhöht, d. h. neu beträgt es Fr. 2'806'992.--.

Mario Senn:

Im Namen meiner Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen. Wir nehmen mit Erstaunen zur Kenntnis, dass man offenbar bis jetzt zwischen 11'000 und 17'000 Franken gesprochen hat. Bei einem Mittelwert von 12'000 Franken ergibt dies 500 Franken Subvention pro Person. Das ist ein schöner Ferienbatzen, den sich viele andere auch gerne wünschen würden. Die stattgefundene Sammlung ist eine grossartige Sache, genau das fördert die Selbstverantwortung der Jugendlichen und dies hat wahrscheinlich wesentlich mehr zur Integration der Jugendlichen ins Erwachsenenleben beigetragen als andere Massnahmen von Jugendarbeit, Sozialarbeit etc. Im weiteren bestreiten wird den komischen Zusammenhang, der in der Begründung genannt wurde, nämlich, dass offenbar eine Kausalität bestehe, wenn Jugendliche nicht ins Skilager gehen könnten, sie dann randalieren würden. Die Eltern sollen sich mit einem Beitrag beteiligen, denn wir wollen nicht, dass gewisse Jugendliche besser gestellt werden, als wenn sie privat mit der Familie in die Ferien gehen. Und schliesslich widerspricht das auch der Globalbudgetidee: Wir wissen, wenn wir einfach den Betrag um Fr. 5'000.-- erhöhen, dann kann der Stadtrat im Grunde machen, was er will. Er kann aber auch die Gelder so verteilen, dass das Lager im bisherigen Umfang stattfinden kann.

Beschluss

Antrag von Davide Loss im Namen der SP-Fraktion:

Das Globalbudget der Produktegruppe L wird um Fr. 5'000.-- erhöht, d. h. neu beträgt es Fr. 2'806'992.--:

Ablehnung mit 10 : 25 Stimmen.

Seite 80 - 114: keine Wortmeldungen

Der **Ratspräsident** informiert übers Abstimmungsverfahren:

- Zuerst gelangt der Änderungsantrag der RGPK zur Abstimmung, und danach werden über die Anträge des Stadtrates abgestimmt.
- Der Änderungsantrag der RGPK und der entsprechende Antrag des Stadtrates werden nebeneinander zu Abstimmung gebracht, d. h., die Ratsmitglieder können nur einem der beiden Anträge ihre Stimme geben. Derjenige Antrag mit mehr Stimmen obsiegt.

Beschlüsse

**Antrag der RGPK: Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108 % festgesetzt:
20 Stimmen.**

**Antrag des Stadtrates: Der Gemeindesteuerfuss wird auf 110 % festgesetzt:
14 Stimmen.**

Somit ist der Antrag der RGPK angenommen und der Gemeindesteuerfuss auf 108 % festgesetzt.

Beschlüsse zu den Anträgen des Stadtrates:

- 3.1 Das Budget 2012 wird vorbehältlich der Annahme der Ziffer 2.16 festgesetzt: einstimmige Zustimmung.
- 3.2 Alle Globalbudgets - Ziffern 2.2 bis 2.15 - werden bewilligt: einstimmige Zustimmung.
- 3.3 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Wasserwerk von 500'000 Franken werden bewilligt: einstimmige Zustimmung.
- 3.4 Der einfache Staatssteuerertrag (100 %) wird auf 42'000'000 Franken geschätzt; der Betrag wird entsprechend des angenommenen RGPK-Antrages angepasst.

Yannick Wettstein: Wenn man davon ausgeht, dass die Schätzung des Stadtrates zu tief ist und die Meinung vertritt, dass auch mit 108 % der gleiche Steuerertrag zu erzielen ist wie mit 110 %, dann muss man den Betrag nicht zwingend anpassen. Wenn man es aber für richtig hält, dass ein Steuerprozent 420'000 Franken entspricht, dann muss der Staatssteuerertrag angepasst werden.

Der Ratspräsident bringt folgenden Wortlaut zur Abstimmung:

Der einfache Staatssteuerertrag (100 %) wird auf 42'000'000 Franken geschätzt: Zustimmung mit 33 Stimmen.

- 3.5 Der budgetierte Ertragsüberschuss von 5'300'800 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben: einstimmige Zustimmung.

4. **Projektwettbewerb Schulanlage Dietlimoos (2011-227 und 121/11)**

Antrag der Schulpflege und Empfehlung des Stadtrates auf Bewilligung eines Kredites für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im selektiven Verfahren für den Neubau der Schulanlage Dietlimoos von 575'000 Franken

Daniel Frei, Referent der RGPK:

Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Kreditfreigabe für die Durchführung eines Projektwettbewerbes für den Neubau der Schulanlage Dietlimoos in der Höhe von Fr. 575'000.--. Die RGPK hat die Ausgangslage und die Notwendigkeit überprüft. Aufgrund der Entwicklung im Gebiet Dietlimoos wird bis 2014 mit über 2600 neuen Einwohnern gerechnet. Daraus resultiert ein Bedarf von zirka 250 Schulkindern für die Kindergarten-, Primar- und Oberstufe. Gemäss Prognose vom 19.04.2007 wird im Entwicklungsgebiet Dietlimoos vorerst ein Schulhaus für neun Klassen der Primarstufe und des Kindergartens geplant. Auch wenn das Datum der Prognose nicht mehr das jüngste ist, ist die RGPK der Meinung, dass der Bedarf von neun Schuleinheiten realistisch ist. Insbesondere ist zu beachten, dass die Schülerzahlen mit einer allfällig späteren Überbauung des Gebietes Lätten nicht kleiner werden. Die Auflage, dass die Schulanlage eine Option auf einen Ausbau auf 15 Schuleinheiten beinhalten muss, wurde berücksichtigt. Unsere Fragen an die Schule wurden rasch und kompetent beantwortet – besten Dank den Verantwortlichen. Drei Fragen aus dem Fragekatalog will ich herauschälen.

Kosten des Wettbewerbskredites

Die Höhe des Projektwettbewerbskredites von Fr. 575'000.-- steht im direkten Zusammenhang zu dem geschätzten Baukostenpreis des Gebäudes und liegt mit einer Schätzgenauigkeit von +/- 20 % im Rahmen des Üblichen. Der Betrag beinhaltet einen Anteil der Projektreservekosten von Fr. 800'000.--.

Unabhängigkeit des Preisgerichtes

Auch wenn die Namen der Experten des Preisgerichtes jetzt noch nicht bekannt sind - Stand Oktober 2011 -, konnte dargelegt werden, dass das Preisgericht die fachliche Qualifikation sowie die Unabhängigkeit erfüllen wird. Die Bestimmung der Fachexperten liegt in der Verantwortung der Schulpflege als Bauherrin.

Einmietung in der Turnhalle der ZIS im Vergleich zum Eigenbau

Der Bedarf der Schule bezüglich Turnhalle liegt sowohl bei 9 als auch bei allfälligen 15 Schuleinheiten bei einem Drittel einer Dreifachhalle. Das heisst, der Drittel würde auch für 15 Schuleinheiten ausreichen. Die ZIS ist gewillt, eine Dreifachhalle zu bauen, obwohl sie tagsüber nur zwei Drittel braucht. Die ZIS, die Schule und die Stadt sind übereingekommen, die Halle gemeinsam zu nutzen. Dadurch spart die Stadt Investitionskosten, im Gegenzug fallen aber Mietzinse an. Da gilt es abzuwägen, ob die Mietkosten im Verhältnis zu den Bau- und Folgekosten Sinn machen. Die Zahlen wurden uns dargelegt, und die RGPK kam zum Schluss, dass die Mietvariante Sinn macht. Dies insbesondere auch deshalb, weil unsere Vereine einen akuten Hallenbedarf haben und die Möglichkeit besteht, dass die Vereine abends ab 18.00 Uhr die Hallen benützen können. Das Recht auf die Benützung des Hallendrittels durch die Schule wird im Grundbuch eingetragen, was eine einfache Kündigung seitens der ZIS faktisch verunmöglicht. Die RGPK begrüsst die Zusammenarbeit.

Bereits jetzt halten wir die Schule an, das Bauprojekt so effizient wie möglich zu gestalten

und die Kosten, wenn immer möglich, tief zu halten, wobei Funktionalität selbstverständlich eingehalten werden muss. Die Fragen ob Minergie, rechte oder kostenintensivere Winkel im Gebäude wirklich notwendig sind, sind gleich am Anfang zu berücksichtigen. Die RGPK will zum raschen Vorantreiben des Projektes beitragen und den Kredit für den Projektwettbewerb freigeben. Wird uns auch der spätere Projektkredit überzeugen, geht auch dort keine unnötige Zeit verloren. Die RGPK empfiehlt einstimmig, den Antrag für den Projektwettbewerbskredit anzunehmen.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Ich danke der RGPK für die Prüfung des Geschäftes und für die Empfehlung zur Annahme. Wie nötig und dringend das Schulhaus ist, muss ich nicht mehr erwähnen. Die Schule ist dankbar um jeden Monat Zeitgewinn. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu und lassen Sie uns mit diesem Projekt starten.

Daniel Jud:

Die SP Adliswil unterstützt den Antrag zur Durchführung eines Projektwettbewerbs für den Neubau der Schulanlage Dietlimoos. Es ist nun wichtig, dass der Neubau der Schulanlage Dietlimoos endlich vorankommt. Immer mehr Familien mit Kindern ziehen in dieses Entwicklungsgebiet. Dies hat zur Folge, dass die Schulhäuser, vor allem das Schulhaus Werd, ihre Kapazitätsobergrenze längst erreicht haben. Weiter begrüsst die SP Adliswil das Raumprogramm, welches Räumlichkeiten für Tagesstrukturen und die Musikschule vorsieht. Ebenso begrüssen wir, dass Gruppen- und Therapieräume geschaffen werden sollen. Einziger Wermutstropfen für uns ist, dass gemäss dem Schreiben der Abteilung Soziales auf die Errichtung von Krippenräumen verzichtet werden soll.

Franco Rossi:

Es wird ein Wettbewerb ausgeschrieben und die Teilnehmenden werden eingeladen. Ist auch der Architekt, der das Schulhaus der ZIS gebaut hat, eingeladen? Der würde sich freuen, und die Kapazität hätte er auch. Wenn man schon so nahe zusammenbaut, könnte es von Vorteil sein, wenn man eine einheitliche Handschrift hätte. Abgesehen davon wissen wir, dass die ZIS zwischen 20 und 30 % günstiger bauen kann.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, wer eingeladen worden ist. Zur Behauptung, dass die ZIS günstiger bauen kann, muss ich sagen: Ja, das stimmt in ihrem Bereich. Aber wenn sie den Schulbaurichtlinien unterstellt ist, muss sie zu den gleichen Preisen bauen.

Beschlüsse

4.1 Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im selektiven Verfahren für den Neubau der Schulanlage Dietlimoos wird ein Kredit von 575'000 Franken inkl. MwSt zu Lasten Konto 980.5030.20 bewilligt:

einstimmige Zustimmung.

4.2 Der Kredit erhöht oder verringert sich entsprechend der Bauteuerung oder Bauverbiligung zwischen der Erstellung der Offerten (Preisstand 1.4.2011) und der Ausführung:

einstimmige Zustimmung.

5. Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder

Motion von Gabi Barco, Renato Günthardt und 20 Mitunterzeichneten, Begründung

Gabi Barco, Renato Günthardt und 20 Mitunterzeichnete haben 2. November 2011 folgende Motion eingereicht:

„1. Antrag

Artikel 7 (Ausstandspflicht) der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil wird wie folgt geändert:

Art. 7 Ausstandspflicht / Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder

Abs. 1 unverändert

Abs. 2

Aufträge der öffentlichen Hand an Exekutivmitglieder und Gesellschaften, an denen Mitglieder der Exekutive massgeblich beteiligt sind, werden nur unter Wettbewerbsbedingungen erteilt (freihändiges Verfahren, Einladungsverfahren, offenes oder selektives Verfahren) gemäss „Richtlinien der Stadt Adliswil zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder“.

Abs. 3

Alle Vergaben, die Berufsgattungen von Exekutivmitgliedern betreffen, werden in einem Ordner aufgelistet. Dieser wird vom Stadtschreiber geführt. Die Abteilungen führen die entsprechenden Vergabedaten und liefern dem Stadtschreiber die nötigen Angaben. Der Ordner steht den Mitgliedern der Exekutive und der RGPK zur Einsicht jederzeit zur Verfügung. Die RGPK wird von den Vergaben jeweils umgehend schriftlich informiert.

Art. 32 (Rechtssetzung und Planung) der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil wird wie folgt ergänzt:

1. – 10. unverändert

11. Richtlinien der Stadt Adliswil zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder

2. Begründung

2.1. Stadtpräsident Huber machte an der Plenarsitzung vom 5. Oktober 2011 geltend, der Stadtrat sei zum Schluss gekommen, dass er die Erarbeitung eines Corporate Governance-Kodex im Moment nicht für notwendig erachte. Der Stadtrat richte sich schon heute klar an die ihm auferlegten Ausstandsregeln und er richte sich auch nach den ethischen Grundsätzen seiner Mitglieder. Adliswil wolle in diesem Thema zurzeit keine Vorreiterrolle spielen. Der Stadtrat wolle seine Kräfte auf die in den Legislaturzielen festgehaltenen grossen und arbeitsintensiven Projekte konzentrieren und sich nicht verzetteln. Es sei bekannt, dass die Position des „early movers“ in jedem Thema mit höchsten Kosten verbunden sei. Diese wolle die Stadt Adliswil nicht aufwenden. Der Stadtrat stehe diesem Thema aber nicht grundsätzlich negativ gegenüber. Er sei bereit, dieses aufzunehmen, wenn sich andere Gemeinden damit zu befassen beginnen würden.

2.2. Diese Begründung alleine verlangt die beantragte Regelung in der Gemeindeordnung. Die vom Stadtrat aufgeführten Gründe für die Ablehnung eines Kodexes sind fadenscheinig und lassen die Vermutung aufkommen, dass sich der Stadtrat nicht auf die Finger sehen lassen will. Weshalb die Einführung der beantragten Regelung hohe Kosten

verursachen soll, bleibt ungeklärt. Ebenso wenig ist es nachvollziehbar, weshalb die Stadt Adliswil keine Vorreiterrolle spielen soll. Adliswil ist immerhin eine der grössten Gemeinden im Kanton und es würde der Stadt sehr gut anstehen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wer immer nur auf die anderen schaut, kommt in der Entwicklung einer modernen Gemeindeverwaltung nicht weiter.

2.3. Seit Jahren ist seitens der Unterzeichneten darauf hingewiesen worden, dass die Adliswiler Auftragsvergabe an Exekutivmitglieder und andere Funktionsträger mit ethischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Immer wieder haben wir volle Transparenz bei der Vergabe der Aufträge, die nicht unter das Submissionsgesetz fallen, gefordert. Wer keine volle Transparenz will, macht sich - wie oben dargelegt - generell verdächtig. Gerade heute, wo das Vertrauen in die Arbeit der Behörden massiv gelitten hat, wo man den Behörden und Politikern alles Mögliche zutraut, aber kein ethisch korrektes Verhalten, ist ein solcher Kodex zwingend notwendig. Dies umso mehr, wenn sich die betroffene Behörde selber mit nicht stichhaltiger Argumentation dagegen wehrt. Ein solcher Kodex würde das Vertrauen der Bevölkerung fraglos festigen, und er begründet auch eine hohe Hemmschwelle gegen Mauschelei und Vetternwirtschaft. Dadurch könnten auch unnötige Diskussionen und Filzvorwürfe verhindert werden, müsste also auch im Interesse des Stadtrates sein.

2.4. Es ist auch den Unterzeichneten klar, dass die Adliswiler Exekutive eine Milizbehörde ist. Es muss jeder Berufskategorie möglich sein, ein Exekutivamt auszuüben. Es ist im Interesse der Öffentlichkeit, die Rekrutierungsbasis dafür möglichst gross zu halten. Daher muss es einem Milizstadtrat grundsätzlich möglich sein, sich auch um Aufträge der öffentlichen Hand zu bewerben. Die vorgeschlagene Regelung ermöglicht dies auch weiter. Wichtig ist jedoch, dass Aufträge der öffentlichen Hand an Exekutivmitglieder wegen den oben erwähnten Gründen nur unter klar festgelegten Regeln zustande kommen können.“

Gabi Barco, zur Begründung:

Die Erkenntnis, dass bei nicht unter das Submissionsgesetz fallenden Geschäfte die Adliswiler Auftragsvergabe an Exekutivmitglieder und andere Funktionsträger mit ethischen Grundsätzen nicht vereinbar sind, hat sich nicht nur durch Hinweise aus der Bevölkerung der Stadt Adliswil ergeben, sondern wurde immer wieder durch die RGPK im Rahmen der Belegprüfung bestätigt. Sofern die RGPK im Rahmen ihrer Tätigkeit, d.h. der Prüfung der finanzrechtlichen Zulässigkeit und der finanziellen Angemessenheit - z. B. die Wirtschaftlichkeit der Ausgabe; Kosten-Nutzen-Verhältnis - feststellt, dass seitens der Exekutive in bestimmten Belangen Erklärungsbedarf besteht, dann hat sie die Pflicht, dies entsprechend einzufordern. Wie Sie wissen, hat die RGPK beim Stadtrat kein entsprechendes Gehör gefunden. Der Stadtrat hat an der Gemeinderatssitzung vom 5. Oktober 2011 unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er die Festlegung eines schriftlichen Gold publik Gouvernante Kodex als unnötig erachte. Mit dieser ablehnenden Aussage hat der Stadtrat darauf verzichtet, gegenüber der Öffentlichkeit klarzustellen, dass es die öffentliche Hand mit ihren ethischen Grundsätzen wirklich ernst meint und damit den Vorwürfen der Manscherei und Vetternwirtschaft mit Vehemenz entgegenzutreten. Das Gegenteil ist der Fall. Die umstrittene Vergabepaxis an einzelne Exekutivmitglieder wird weitergeführt. Dies, obwohl man wissen müsste, dass die Bevölkerung mittlerweile auf diese Missstände sensibilisiert ist und nicht zögert, solche Auftragsvergaben publik zu machen. Die Gerüchteküche brodelt. Die vorliegende Motion soll nun Klarheit schaffen. Damit erübrigen sich auch weitere Interpellationen des Gemeinderates. Das war bisher bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen das einzige Mittel, an entsprechende Informationen zu kommen.

Mit dieser Motion soll verhindert werden, dass sich Exekutivmitglieder bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch ihre funktionale Macht und den Informationsvorsprung Vorteile gegenüber anderen Konkurrenten verschaffen können. Gleichzeitig soll damit auch in Erinnerung gerufen werden, weshalb die Exekutivmitglieder vom Volk in ihr Amt gewählt wurden. Sie haben grundsätzlich die Interessen der Bevölkerung zu vertreten und die Aufgaben im Sinne der Gemeinschaft und nicht im eigenen Interesse zu erledigen. Für diese Aufgaben werden sie auch angemessen entschädigt. Artikel 7 der Gemeindeordnung soll nun ergänzt werden. In den Absätzen 2 und 3 soll neu die Vergabe der öffentlichen Aufträge an Exekutivmitglieder verankert werden. Die in Absatz 2 erwähnten Richtlinien regeln die Einzelheiten der Vergabe unter Wettbewerbsbedingungen wie freihändiges Verfahren, Einladungsverfahren, offenes oder selektives Verfahren. In diesen Richtlinien sollen u. a. auch klar die Bedingungen für Nachfolgeaufträge etc. festgehalten sein. Interessenskollisionen oder Wettbewerbsvorteile bestehen selbstverständlich auch bei der Vergabe von Aufträgen nach Land- oder Immobilienverkäufen der Stadt Adliswil durch die neue Käuferschaft, sprich Bauführung, Architekturaufträge etc.

Sie haben beim neuen Geschäft „Verkauf der Baulandparzelle in der Breite“, das wir kürzlich bekommen haben, entnehmen können, dass die Vorsteher der Ressorts Sicherheit und Gesundheit sowie Finanzen in den Ausstand getreten sind. Den Grund dafür kennen wir noch nicht, ich weiss aber, dass sie mit der Käuferschaft nicht verwandt sind. Auch da ist Erklärungsbedarf. Zeichnen sich schon Bewerbungen für Nachfolgeaufträge ab?

Es geht bei den Richtlinien um klare, faire Regelungen, welche das Exekutivmitglied gegenüber anderen Konkurrenten nicht benachteiligen, aber aufgrund seiner Funktion und Position im Wettbewerb auch keine Vorteile mehr verschaffen sollen. Die Adliswiler Exekutive ist nach wie vor eine Milizbehörde. Es muss daher jeder Berufskategorie weiterhin möglich sein, ein Exekutivamt auszuüben. Es ist auch im Interesse der Öffentlichkeit, die Rekrutierungsbasis dafür möglichst gross zu halten. Daher soll es einem Milizstadtrat grundsätzlich möglich sein, sich auch um Aufträge der öffentlichen Hand zu bewerben. Die vorgeschlagene Regelung ermöglicht dies auch weiterhin. Wichtig ist jedoch, dass Aufträge der öffentlichen Hand an Exekutivmitglieder wegen den erwähnten Gründen nur unter klar festgelegten Regeln zustande kommen können. Die Regelung in Absatz 3 soll sicherstellen, dass in zukünftigen Vergaben von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder dem Grundsatz der vollumfänglichen Transparenz Folge geleistet wird. Art. 32 (Rechtssetzung und Planung) der Gemeindeordnung soll neu in Ziffer 11 die Richtlinien der Stadt Adliswil zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Exekutivmitglieder erfassen. Art. 32 der GO zählt abschliessend sämtliche Bereiche auf, wo Erlasse, Änderungen oder Aufhebungen in die Kompetenz des Gemeinderates fallen. Mit der vorgesehenen Erweiterung des Art. 32 werden die zu erstellenden Richtlinien vom Gemeinderat zu genehmigen sein. Damit ist sichergestellt, dass die Richtlinien auch im Sinne der Motionäre und schliesslich des gesamten Gemeinderates bzw. der Bevölkerung umgesetzt werden. Die Erstellung der Richtlinien ist zwar Sache der Verwaltung. Da die Genehmigungskompetenz beim Gemeinderat liegt, wäre jedoch eine vorgängige Zusammenarbeit mit beispielsweise einer Delegation des Gemeinderates aus Gründen der Effizienz und Transparenz als sehr sinnvoll und wünschenswert zu erachten.

Noch folgende Anmerkung: Ich habe die Motion als dringlich bezeichnet. Dies im Wissen, dass bei erfolgreicher Überweisung dem Stadtrat gemäss Art. 50 der GO ein Jahr Zeit für Bericht- und Antragsstellung zugestanden wird. Es liegt also an der zuständigen Behörde, ob sie diesen Zeitraum voll ausschöpfen will, oder ob sie schnelles Handeln in dieser sensiblen Angelegenheit als eher angebracht erachtet. Wir werden sehen. Dennoch möchte ich den Stadtrat darauf hinweisen, dass die Motionäre bei erfolgreicher Überweisung der

Motion vom Stadtrat erwarten, eigentlich aber klar davon ausgehen, dass das Gremium ab sofort dem Sinn und Zweck dieser Motion nachlebt. Sie können gewiss sein, dass weitere Missbräuche schnell aufgedeckt und der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und die zahlreiche Unterstützung dieser Vorlage, bekundet durch die geleisteten Unterschriften. Ich bitte um Überweisung der Motion.

Stadtpräsident Harald Huber:

Ziff. 2.1, die Gabi Barco zitiert hat, zeigt, wie meine Ausführungen namens des Stadtrates in der Oktobersitzung waren. Dem hat der Stadtrat zum heutigen Zeitpunkt nichts Weiteres anzumerken.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Bei einer Überweisung der vorliegenden Motion geht die Schule davon aus, dass sie mitgemeint ist und vom Stadtrat bei der Änderung der Gemeindeordnung einbezogen wird.

Renato Günthardt:

Gabi Barco Greiner hat eine sehr gute und umfassende Begründung der Motion abgegeben, der ich mich vollumfänglich anschliessen kann. Es ist höchste Zeit, dass nach all den Vorfällen in Adliswil, die immer wieder zu ungunstigen Gefühlen und teilweise sogar zu Empörung geführt haben, endlich etwas unternommen wird. Schön wäre gewesen, wenn der Stadtrat die mehrfachen Aufforderungen der RGPK ernst genommen hätte und selber tätig geworden wäre. Leider fand sich diese vorausschauende Optik in unserer Exekutive nicht. Aus diesem Grund machten sich zwei sehr unterschiedliche Parteien am linken und rechten Spektrum der Parteienlandschaft daran, einen parlamentarischen Vorstoss zu entwickeln, der nun alle geforderten Punkte zur Transparenz und Ethik bei Auftragsvergaben durch die Stadt enthält und zudem sicherstellt, dass immer noch alle Berufsgattungen im Stadtrat vertreten sein können. Für mich ist damit eine optimale Lösung erreicht. Dass in diesem Fall die Initiative für den Vorstoss von der SP und der SVP ausging, deutet klar darauf hin, dass es sich um ein rein sachliches und ethisches Thema handelt und nicht eine Frage von links oder rechts ist. Ich bin froh, dass es in Adliswil möglich ist, fern von Parteiengizänk zu einer guten Lösung zu Gunsten unserer Stadt zu kommen. Das ungunstige Gefühl gegenüber den Mäusen im Stadtrat, die übrigens nur einzelne Mitglieder der Behörde betreffen, zeigt sich auch im Parlament. Nicht ohne Grund haben eine enorm grosse Anzahl Parlamentarierinnen und Parlamentarier über alle Parteigrenzen hinweg den Vorstoss unterschrieben. Auch das ist nochmals ein Zeichen dafür, dass sich das Adliswiler Parlament ohne parteiische Scheuklappen solchen Sachproblemen annimmt. Wenn nun also diese Motion grossmehrheitlich vom Gemeinderat überwiesen werden sollte, dann darf man vom Stadtrat mit Fug und Recht erwarten, dass die Forderungen aus dem Vorstoss dringlich an die Hand genommen und umgehend in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat umgesetzt werden. In der Zwischenzeit steht die Exekutive unter Beobachtung. Ich kann mich hier den Worten von Gabi Barco anschliessen. Wir werden jegliche Verfehlungen öffentlich machen und entsprechend verurteilen. Wir hoffen selbstverständlich, dass es nicht soweit kommt und die Vernunft bei gewissen Stadtratsmitgliedern Einzug hält. Ich danke allen Mitgliedern des Gemeinderates, die die Motion mitunterschrieben haben und hoffe, auf eine grossmehrheitliche Überweisung, damit ein eindrucksvolles Zeichen für eine saubere und transparente Stadt gesetzt werden kann.

Daniel Frei:

Die Motion von Gaby Barco und Renato Günthardt ist sehr achtbar, zielt in die richtige Richtung und verdient auf den ersten Blick die volle Unterstützung. Auch wir haben fest-

gestellt, dass der Stadtrat das Verlangen nach einem Corporate Governance-Kodex unterschätzt hat. Betrachtet man die Motion genauer, stellt sich jedoch die Frage nach der richtigen Zielsetzung. Geht es nur um die Transparenz bei der Vergabe von Aufträgen unserer Stadt an die Exekutivmitglieder und den ihnen nahe stehenden Firmen? Oder sollen alle möglichen „Profiteure“ von Staatsaufträgen zur Transparenz verpflichtet werden? Also auch Mitglieder der Kommissionen mit selbständiger Verwaltungsbefugnissen, Angestellte der Verwaltung mit einer gewissen Nähe zu Auftrag nehmenden Firmen der Stadt, usw.? Mit der vorliegenden Motion wird primär auf den Mann bzw. auf die Frau statt auf die Sache gezielt. Wenn die Motion nicht nur einen ausgewählten Personenkreis betreffen soll, muss sie für echte Transparenz über die wirtschaftlichen Interessen von gewählten Inhabern von politischen Ämtern und Angestellten der Verwaltung mit mindestens folgenden Punkten ergänzt werden:

- Bekanntgabe aller Mandate - Stiftungen, Verwaltungsräte usw. - durch Mitglieder des Stadtrates, des Gemeinderates, der Schulpflege und der Mitglieder von Kommissionen mit selbständiger Verwaltungsbefugnis im Jahresbericht der Stadt Adliswil
- eine jährliche Liste der Leistungserbringer für die Stadt, welche einen bestimmten Umsatz mit ihrer Tätigkeit für die öffentliche Hand in Adliswil erreichen

Die Freien Wähler werden die Motion in der vorliegenden Form nicht überweisen, nicht weil wir sie im Grundsatz falsch finden, sondern weil sie einen zu beschränkten Kreis von Interessenskonfliktträgern abdeckt. Wir könnten die Motion mit der erwähnten Erweiterung voll unterstützen.

Roger Neukom:

Mein Votum ist meine Meinung und nicht diejenige meiner Fraktion. Meistens verfehlt ein Vorstoss das Ziel, wenn sich Parlamentarier von ganz links und ganz rechts zusammen tun. Das haben wir in Bern x-mal erlebt. Aber Renato Günthardt hat uns eines Besseren belehrt, und mit dem Kuschelkurs zur SP wissen wir jetzt auch mehr. Aber es ist o.k., wenn es in Adliswil auch einmal so läuft wie in Bern. Ich bin generell gegen neue Regelungen. Wir haben schon genug davon, und wir haben auch viele Regeln, die immer wieder umgangen werden und somit nicht viel bringen. Grundsätzlich sind wir überreglementiert, sonst bräuchten wir ja nicht so viele Juristen. Wenn die Unterzeichneten seit Jahren mit den Auftragsvergaben in Adliswil nicht zufrieden sind, hätten sie schon mehr als eine Möglichkeit gehabt, das Problem beim Namen zu nennen. Ich habe vorhin das erste Mal von Gabi Barco Ressortnamen gehört. Man hat sich immer hinter etwas versteckt, hinter was, weiss ich nicht. Auch die RGPK hätte mögliche Fälle aufdecken können. Wieso hat sie das nicht gemacht? Hat der Mut gefehlt? Von Renato Günthardt habe ich heute auch zum ersten Mal gehört, dass es nur einzelne Exekutivmitglieder betreffen würde. Man weiss offenbar doch mehr, will aber nichts beim Namen nennen. Das finde ich tragisch.

Die Motionäre möchten die totale Übersicht und Kontrolle haben. Einmal mehr beweist ein grosser Teil des Gemeinderates, dass er seine Aufgaben und Funktion nicht kennt und auch auf der operativen Ebene mitwirken möchte. Hier gilt es klar festzustellen, dass unser Staat die Gewaltentrennung kennt. Zudem müssen Exekutiven einen gewissen Planungs- und Gestaltungsspielraum haben, den sie nicht in jeder Phase der ganzen Welt mitteilen müssen. Es ist nun mal so, dass die Sitzungen der Exekutiven hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die, die das nicht respektieren, frage ich: Weshalb haben sich vor anderthalb Jahren nicht mehr Personen für ein Exekutivamt zur Verfügung gestellt?

In Absatz 2 ist für mich mit „massgeblich“ gar nichts klar geregelt. Was heisst „massgeblich“? Ist das mehr als die Hälfte? Das muss klar geregelt sein, wenn man schon regulie-

ren will. Man darf auch nicht vergessen, dass einige Exekutivmitglieder – so erlebe ich es – in ihren Ressorts mehr machen, als sie durch ihr Amt machen müssten. Sie bringen Arbeit und Know-how aus ihren Firmen in die Projekte ein, ohne dass Kosten für die Stadt anfallen. Ist sich die SVP bewusst, dass die Ideen hinter diese Motion am Schluss höchstwahrscheinlich dazu führen werden, dass sich keine guten Leute aus der Privatwirtschaft für die Exekutivämter mehr finden lassen. Und somit wäre dann auch das Ziel der SP erreicht, dass man mehr staatlich Bedienstete in die Exekutive bringt. Das ist ja die Klientel der SP, und diese würden dann die Oberhand in den Exekutiven gewinnen. Aus diesen Überzeugungen kann ich die Motion nicht unterstützen.

Gabi Barco:

Wenn ich mir überlege, dass ich dir, Roger, mit dieser Motion einen Dienst erweisen wollte! Du warst derjenige, der über die Interpellation Fragen in diesem Kontext gestellt hat. Du wolltest wissen, wer wo beteiligt ist. Jetzt muss ich annehmen, dass du dies nur gemacht hast, um Druck auf die Verwaltung auszuüben, damit du an die Mandate kommst. Es ist also sehr unredlich. Dass wir mit der SVP einen Kuschelkurs hätten, meinst du ja wohl nicht ernst. Und dass der Hintergedanke der SP sei, dass in der Exekutive wenn möglich nur SP-Typen wären. Um Gottes willen, das wäre ja ganz furchtbar. Wir wollen doch eine gute Durchmischung. Es hat auch bei der SP Unternehmer, aber es hat natürlich bei den Bürgerlichen viel mehr Unternehmer, und das bringt doch viel Know-how in ein Exekutivamt. Und es ist auch keine Neid-Motion. Warum haben wir nur die Exekutivmitglieder und nicht auch die Legislativmitglieder einbezogen? Weil die Exekutive durch ihre funktionale Macht und durch ihren Informationsvorsprung selbstverständlich am Hebel ist, die Aufträge zu generieren. Es geht nicht darum, dass es absolut aus dem Ruder gelaufen ist, und es betrifft ja auch nicht alle. Es gibt ja auch Mitglieder, die gar kein eigenes Unternehmen haben. Wir wollen nichts anderes als Transparenz schaffen. Die Legislativpolitiker haben nichts mit der privilegierten Position zu tun, deshalb muss man es nur für die regeln, wo die Gefahr für den Missbrauch besteht. In einer Gemeindeordnung soll auch nicht das Detail geregelt sein, wie z. B. „massgeblich“. Diese Details sollen in den Richtlinien geregelt werden, die gemeinsam erarbeitet werden sollen, auch mit Leuten von euch, die wissen, wie genau man die Bedingungen regeln kann. Und wenn die Exekutivmitglieder besser sind, dann erhalten sie weiterhin Aufträge der öffentlichen Hand. Wo ist denn da das Problem.

Franco Rossi:

Roger, du sagst, mit dieser Motion könnten keine Personen mehr gefunden werden, die Exekutivämter ausführen. Fünf von unseren sieben Stadtratsmitgliedern habe es nicht nötig, sich selber zu bedienen, sie stellen sich dem offenen Wettbewerb.

Roger Neukom:

Gabi, es ist tragisch, wir politisieren seit zehn Jahren zusammen, und du kennst mich immer noch nicht besser. Franco: Nenne das Problem beim Namen, und nicht 5 : 2 oder weiss ich was. Bringt die Fakten auf den Tisch, wie man es von Erwachsenen erwarten kann.

Beschluss

Die Motion wird mit 27 Stimmen überwiesen.

6. Politisch aktiv in Adliswil

Interpellation von Peter Bühler und sieben Mitunterzeichneten, Begründung und mündliche Beantwortung

Peter Bühler und sieben Mitunterzeichneten haben am 2. November 2011 nachfolgende Interpellation eingereicht. Peter Bühler stellt sie vor:

„Die Wahl- und Stimmbeteiligung in der Stadt Adliswil liegt regelmässig unter dem Bezirks- und Kantonsdurchschnitt. In unserem politischen System ist eine hohe Beteiligung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aber von grösster Bedeutung. Gerade bei den letzten Wahlen zeigte es sich, dass die geringe Wahlbeteiligung nicht am mangelnden Interesse lag, sondern dass sich Wahlberechtigte und neu Eingebürgerte mit den Wahlmöglichkeiten schwer taten. Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann sich der Stadtrat vorstellen, eine Informationsbroschüre (z. B. die offizielle von der Bundeskanzlei verfasste Broschüre „Verstehen Sie politisch“) an die neu Eingebürgerten abzugeben?
2. Wie steht der Stadtrat zu einem alljährlichen Kurs, an dem er politisch inaktiven, aber interessierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Wahl- und Abstimmungsmöglichkeiten erläutert?
3. Kann sich der Stadtrat vorstellen, unter Mitwirkung aller Adliswiler Parteien eine Informationsplattform bzw. eine Informationsveranstaltung aufzubauen?“

Stadtpräsident Harald Huber, zur mündlichen Beantwortung:

Ja, die Wahl- und Stimmbeteiligung ist bei uns oft tiefer als in anderen Gemeinden. Mehr Sorgen bereitet mir aber die Haltung „was die Parteien nicht wollen, soll der Staat richten“.

Zur 1. Frage:

Die Broschüre „Verstehen Sie politisch“ ist in mindestens vier Sprachen im Internet problemlos abrufbar. Das Zivilstandsamt überreicht den Einbürgerungs-Bewerberinnen und -Bewerbern seit einigen Jahren die Broschüre „Einbürgerung leicht gemacht“, welche die politischen Aspekte der Schweiz beleuchtet und laufend aktualisiert wird.

Zur 2. Frage:

Es entspricht einer staatsbürgerlichen Pflicht mündiger Bürgerinnen und Bürger, sich entsprechend zu informieren. Der Staat hat hier nicht die Rolle eines Mentors zu übernehmen.

Zur 3. Frage:

Aus Sicht des Stadtrates sind der Aufbau einer Informationsplattform bzw. von Informationsveranstaltungen alleinige Aufgabe der politischen Parteien. Das Interesse, in unserem Land mitzubestimmen, müssen die Parteien wecken. Die Stadt bietet dazu zum Beispiel den Neuzuzüger-Apéro an, der dieses Jahr sehr gut besucht war und für die Parteien eine gute Plattform bietet, um die Neuzuzüger politisch zu interessieren und zu aktivieren. Der nächste Apéro findet am 7. Juli 2012 im ähnlichen Rahmen in der ZIS statt.

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin